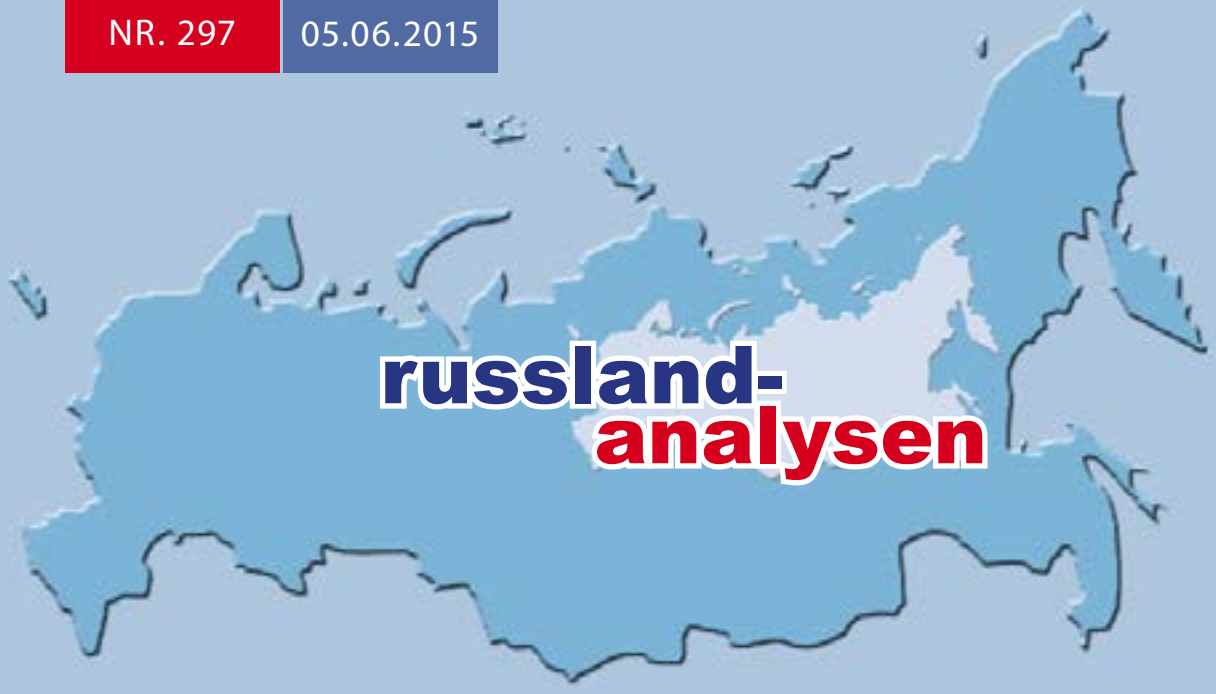
NR. 297 05.06.2015



russland-analysen

http://www.laender-analysen.de/russland/

RUSSLANDS STAATLICHES UNTERNEHMERTUM

- ANALYSE
  Die Staatskorporation als Sinnbild für die russische Gegenwart 2
  Viktor Kessler, Berlin
- ANALYSE
  Public-Private Partnership in der Russischen Föderation
  Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Kontext der Wirtschaftskrise 6
  Ilya Levin, Berlin
- UMFRAGE
  Die Einkommen der Beamten 9
  Vladimir Putin: drei Jahre nach den Wahlen von 2012, fünfzehn Jahre Staatsoberhaupt Russlands 10
  Die Symbolik der Darstellung Vladimir Putins 13
  Die Tätigkeit der Regierung 15
- AUS RUSSISCHEN BLOGS
  Wirtschaftskrise überwunden? Prognosen der Wirtschaftsexperten 16
- DOKUMENTATION
  Der Fall des CISR 18
- NOTIZEN AUS MOSKAU
  Feudalismus im Vielvölkerstaat? 22
  Jens Siegert, Moskau
- UMFRAGE
  »Wenn ich Sultan wäre, oder über die Vielehe in Russland und dem Kaukasus« 25
  Was Russen darüber denken, wies es mit Tschetschenien und Kadyrow weitergehen soll 27
- CHRONIK
  21. Mai – 4. Juni 2015 28

DGO ► Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

► Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Die Russland-Analysen werden unterstützt von

MANGOLD Consulting

ANALYSE

Die Staatskorporation als Sinnbild für die russische Gegenwart

Viktor Kessler, Berlin

Zusammenfassung

Mit der Staatskorporation ist eine Unternehmensform, die erst seit wenigen Jahren existiert, zu einem der bestimmenden Faktoren der russischen Wirtschaftspolitik geworden. Ihre Bedeutung hat mit den beiden Krisen seit 2008 stetig zugenommen. In Zeiten der internationalen Isolation verstärkt sich der Trend hin zu einer zentralen Regulierung der Wirtschaft, was den Staat zum dominanten Wirtschaftsakteur werden lässt. Der Anteil der Staatsunternehmen, die in strategisch wichtigen Sektoren konzentriert sind, ist in den letzten Jahren bedeutend angestiegen. Die Staatskorporation als Unternehmensform wird dabei vom Staat privilegiert und mit gewaltigen Ressourcen ausgestattet. Dies steht in keinem Verhältnis zu der nach wie vor dünnen rechtlichen Basis und der intransparenten Arbeitsweise. Die Staatskorporation als Kriseninstrument und als Mittel zur Importsubstitution kann nicht darüber hinweg täuschen, dass ihr volkswirtschaftlicher Nutzen nach wir vor unklar ist. Dabei steht sie nicht nur sinnbildlich für die grundlegenden Probleme der russischen Wirtschaftsordnung, sondern trägt auch dazu bei, diese zu verschärfen.

Die Ausgangslage im Sommer 2007

Im Sommer 2007 ging es der russischen Wirtschaft auf dem Papier glänzend. Nach der Finanzkrise des Jahres 1998, die in der zeitweiligen Zahlungsunfähigkeit des Staates mündete, erlebte Russland einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung. Zwischen 2000 und 2007 wuchs das BIP im Durchschnitt um 7 Prozent pro Jahr, der jährliche Haushaltsüberschuss lag im Schnitt bei 4,3 Prozent. Ende 2007 betrugen die Währungsreserven 478 Mrd. US-Dollar, die staatlichen Auslandsschulden gingen von 127,5 auf 37,4 Mrd. US-Dollar zurück. Der aus dem Rohstoffexport gespeiste Stabilisierungsfonds hatte einen Umfang von 157 Mrd. US-Dollar erreicht, bevor er Anfang 2000 in zwei separate Fonds – den Reservefonds und den Nationalen Wohlstandsfonds – aufgeteilt wurde.

Bereits zu diesem Zeitpunkt war allerdings deutlich zu erkennen, dass der Aufschwung kaum auf einer Verbesserung des institutionellen Umfelds beruhte, sondern primär auf dem Export von Gas und Öl, dessen Preis sich zwischen 2001 und 2007 versiebenfachte. Entsprechend nüchtern fielen internationale Studien zum geschäftlichen Umfeld und zum Geschäftsklima aus. Der »Ease of Doing Business Index« der Weltbank führte Russland im Jahre 2007 bei insgesamt 175 untersuchten Ländern auf dem 96. Rang, der »Index of Economic Freedom« der »Heritage Foundation« und des »Wall Street Journal« sah Russland gar auf dem 120. Rang von 161 Ländern. Als Hauptprobleme wurden in den meisten Studien neben der enormen Korruption die fehlende Qualität von Institutionen, der mangelhafte Schutz des Eigentums und die Intransparenz der politischen Entscheidungsfindung genannt.

Ein weiteres Problem, das mit den vorgenannten unmittelbar verbunden ist, stellt die Dominanz des Staates als Wirtschaftsakteur dar. War die erste Amtszeit Putins noch durch Maßnahmen zur Liberalisierung der Wirtschaft geprägt, zeichnete sich die zweite durch eine stetig wachsende aktive Rolle des Staates in der Wirtschaft aus. Die Expansion des Staates als Eigentümer konzentrierte sich dabei auf einige Bereiche, die als strategisch bedeutsam eingestuft werden. Allein bei der Ölproduktion stieg der Anteil der Staatsunternehmen zwischen 2003 und 2007 von 16 % auf über 40 %. Zugleich wurden staatliche Unternehmen in riesigen Holdinggesellschaften zusammengefasst, die alle vorhandenen Ressourcen im jeweiligen Bereich bündeln sollten.

Entstehung und Wesen der Staatskorporationen

In diesem Umfeld wurden im Sommer 2007, kurz vor Ablauf der zweiten Amtszeit Putins als Präsident, innerhalb weniger Monate sechs Unternehmen in der Rechtsform »Staatskorporation« gegründet. Ihre Tätigkeitsbereiche (s. Tabelle 1 auf S. .5) erstrecken sich vom Finanzsektor (Entwicklungsbank »VEB«) über die Atomindustrie (»Rosatom«) bis hin zum Export von zivilen Industrieprodukten und Rüstungsgütern (»Rostec« / »Rostech«, zunächst: »Rostechnologii«). Aufgrund ihrer speziellen rechtlichen Ausgestaltung, die sie von allen anderen staatlich kontrollierten Unternehmen unterscheidet, lassen sich die Staatskorporationen durchaus als idealtypische Erscheinungsform des »Systems Putin« begreifen.

Ein Gesetz zur allgemeinen Regelung der Staatskorporationen existiert nicht, vielmehr wird jede Staatskorporation auf Grundlage eines eigenen Gesetzes gegründet. Damit werden sie aus dem allgemeinen System der staatlichen Wirtschaftstätigkeit ausgegliedert und einem eigenen Regelungssystem unterstellt. Obwohl

jede Staatskorporation somit ein Unikat ist, sind durchaus gemeinsame Strukturen zu erkennen.

Jede Staatskorporation verfügt über einen Aufsichtsrat und einen Vorstand. Über die Besetzung des Aufsichtsrates entscheidet je nach Staatskorporation entweder der Präsident oder die Regierung mit Zustimmung des Präsidenten. Über die Besetzung des Vorstandes entscheidet der auf diese Weise bestellte Aufsichtsrat. In letzter Konsequenz entscheidet also der Präsident unmittelbar oder mittelbar über die Besetzung aller Leitungspositionen. Besetzt wurden die Aufsichtsratsposten bisher ganz überwiegend mit Regierungsmitgliedern und Mitgliedern der Präsidialadministration, wobei einzelne Minister in bis zu vier Aufsichtsräten gleichzeitig sitzen. Der Posten des Vorstandsvorsitzenden wurde ausschließlich mit Personen besetzt, die zuvor in der Politik, im Staatsdienst oder in staatlichen Unternehmen tätig waren.

Die Aufgaben und Befugnisse der Staatskorporationen sind völlig unterschiedlich ausgestaltet. Einige von ihnen haben klar festgelegte Aufgaben, so z. B. die Staatskorporation »Olimpstroj«, die für die Schaffung der Infrastruktur für die olympischen Winterspiele zuständig war und nach deren Durchführung aufgelöst wurde. Andere Staatskorporationen haben ganz vielfältige Aufgaben und Befugnisse. »Rosatom« stellt hier einen Extremfall dar: Diese Staatskorporation ist unter anderem für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken, für die Erfüllung der staatlichen atomaren Rüstungsaufträge, für die Regulierung der Atomindustrie und zugleich für die Aufsicht über diesen Bereich zuständig. Dabei gilt sie rechtlich nicht als staatliche Behörde.

Auch die Regelung der Haftung wirft Fragen auf. Den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen zufolge haftet weder der Staat für die Verbindlichkeiten der Staatskorporation noch diese für Verbindlichkeiten des Staates. Eine Haftung des leitenden Personals gegenüber der Staatskorporation ist ebenso wenig geregelt wie eine Haftung der Staatskorporation gegenüber dem Staat. Im Verbund mit der Tatsache, dass eine Insolvenz für die Staatskorporation gesetzlich ausgeschlossen ist, stellt sich die bislang unbeantwortete Frage, was bei einer etwaigen Zahlungsunfähigkeit passiert. Eine gesetzliche Regelung von Interessenkonflikten fehlt ebenfalls gänzlich.

Ein ähnliches Bild ergibt sich hinsichtlich der Kontrolle ihrer Tätigkeit. Alle Gründungsgesetze erhalten ein generelles Einmischungsverbot für staatliche Stellen; einzig der Rechnungshof ist berechtigt, die Tätigkeit der Staatskorporationen zu kontrollieren. Andere Behörden, die ansonsten für die Kontrolle von Unternehmen mit Staatsbeteiligung zuständig sind, so z. B. der Antimonopoldienst und die Finanzaufsicht, besitzen gegenüber Staatskorporationen keine Befugnisse. Die Kontrolle der Vertrauten des Präsidenten im Vorstand erfolgt somit ausschließlich intern durch die Vertrauten des Präsidenten im Aufsichtsrat. Hier wird die Übertragung der Vertikale der Macht auf die Wirtschaft besonders deutlich.

Die Ausstattung der Staatskorporationen mit Ressourcen steht in keinem Verhältnis zu ihrer äußerst dünnen rechtlichen Basis und ihrer Intransparenz. Drei Beispiele sollen hier genügen: Die Entwicklungsbank VEB wies Ende 2013 eine Bilanzsumme von rund 90 Mrd. US-Dollar auf und gehörte somit zu den vier größten Banken Russlands. »Rostec« ist eine riesige und stetig wachsende Holdinggesellschaft mit rund 600 Tochterunternehmen, von denen mehr als die Hälfte in der Rüstungsindustrie tätig ist. Diese Unternehmen beschäftigen ca. 600.000 Menschen, was Rostec nach der russischen Bahngesellschaft zum zweitgrößten Arbeitgeber des Landes macht. Rosatom vereinigt unter sich die russische Atomindustrie mit mehr als 400 Unternehmen und Organisationen und über 270.000 Mitarbeitern.

Eine während der Präsidentschaft Medwedews angeordnete Überprüfung aller Staatskorporationen durch die Staatsanwaltschaft und die Präsidialverwaltung offenbarte zahlreiche Missstände. Unter anderem wurde ihnen zweckfremde Verwendung von Mitteln, Zahlung überhöhter Löhne und Prämien, rechtswidrige Veräußerung von Eigentum, willkürliche Auftragsvergabe, zum Teil an eigene Mitarbeiter oder ihnen nahestehende Personen und unternehmerische Tätigkeit außerhalb des gesetzlich vorgegebenen Aufgabenbereichs vorgeworfen. Angesichts der in Russland allgegenwärtigen Korruption und der geringen Kontrolldichte waren diese Ergebnisse nicht weiter verwunderlich. Diese Überprüfung blieb allerdings einmalig und hatte auch keine nennenswerten Konsequenzen.

Staatskorporationen und Krise: 2008…

Während dem Staat im Sommer 2007 noch erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung standen, sah die Situation ab 2008 völlig anders aus. Die Finanzkrise traf Russland hart, wozu zwei Faktoren in besonderem Maße beitrugen: die Abhängigkeit vom Öl- und Gaspreis einerseits und die hohe Verschuldung russischer Unternehmen bei ausländischen Banken andererseits. Der Ölpreis brach innerhalb von vier Monaten um drei Viertel ein, Großunternehmen bekamen kaum neue Kredite und hatten Schwierigkeiten, bestehende Kredite zu bedienen. Die Bemühungen der Regierung und der Zentralbank bei der Krisenbekämpfung konzentrierten sich primär auf die Unterstützung des Bankensektors und systemrelevanter Großunternehmen. Welche Unternehmen tatsächlich staatliche Unterstützung

erhielten, wurde ad hoc ohne klare Kriterien und in einem intransparenten Verfahren entschieden.

Mit der Krise konfrontiert, bewiesen die Staatskorporationen, dass ein Abschwung für das eigene Wachstum nicht hinderlich sein muss. Als Hauptinstrument der Regierung zur Krisenbewältigung wurde die VEB genutzt, deren Aufsichtsrat sich ausschließlich aus Regierungsmitgliedern zusammensetzt, mit dem Ministerpräsidenten als Aufsichtsratsvorsitzendem. Sie erhielt zur Stützung von Banken und Unternehmen rund 13 Mrd. US-Dollar aus dem Nationalen Wohlstandsfonds und über 11 Mrd. US-Dollar von der Zentralbank. Diese Mittel nutzte sie zur Vergabe von Krediten an Banken und Unternehmen, die an Bedingungen gekoppelt waren: Die Banken wurden verpflichtet, in der Folgezeit Kredite an Unternehmen zu vergeben, die vom Aufsichtsrat der VEB als prioritär eingestuft wurden. Darüber hinaus wurde sie ermächtigt, zur Unterstützung des Finanzmarkts Aktien russischer Emittenten zu erwerben, wodurch zusätzliche Unternehmensanteile – aufgrund der Krise besonders günstig – ins Eigentum einer staatlich kontrollierten Organisation übergingen.

Die Agentur für Einlagensicherung »ASV«, ebenfalls eine Staatskorporation, erhielt weitere 6 Mrd. US-Dollar an Haushaltsmitteln und Kredite der Zentralbank über mehr als 15 Mrd. US-Dollar, die sie für die Sanierung angeschlagener Banken verwendete. Rostec, das u. a. mit der Erfüllung staatlicher Rüstungsaufträge befasst ist, nutzte die Krise, um erhebliche Haushaltsmittel, Subventionen und Kredite der VEB zur Finanzierung seiner Tochterunternehmen zu erlangen. Auch Rosatom konnte sich auf die staatliche Finanzierung verlassen. Im Jahre 2008 wurde von der Regierung ein Tätigkeitsprogramm für Rosatom verabschiedet, das durchaus ehrgeizige Ziele setzt: Durch die Bündelung aller staatlichen Ressourcen soll die Staatskorporation zum Weltmarktführer in der Atomindustrie werden; bis zum Jahr 2030 soll der Anteil der Kernenergie an der Gesamtstromerzeugung durch Bau neuer Kernkraftwerke von ca. 16 % auf 25 % steigen. Dafür sieht das Programm Investitionen von über 64 Mrd. US-Dollar bis Ende 2015 vor, die fast zur Hälfte aus dem Haushalt finanziert werden.

…und 2014/15

Die Folgen der Krise von 2008 waren noch nicht voll überwunden, als 2014 die nächste Krise ausbrach: Zum erneuten Verfall des Ölpreises traten diesmal auch noch die Sanktionen, die nicht nur das Land als Ganzes, sondern auch die Staatskorporationen direkt trafen. So wurde beispielsweise die VEB explizit in die europäischen und amerikanischen Sanktionslisten aufgenommen und faktisch von einer Finanzierung aus dem Ausland abgeschnitten. Gegen Rostec wurden von US-amerikanischer Seite Sanktionen eingeführt, von europäischer Seite ist das Unternehmen durch das Embargo für Rüstungsgüter betroffen. Persönlichen Sanktionen seitens der EU und der USA unterliegt auch der Generaldirektor von Rostec, Sergej Tschemesow, der seit den gemeinsamen Tagen in Dresden ein enger Vertrauter von Wladimir Putin ist.

Die durch die Sanktionen bewirkten Probleme spiegeln sich auch im Krisenplan der Regierung wider, der einen Gesamtumfang von rund 35 Mrd. US-Dollar hat und Ende Januar 2015 öffentlich wurde. Wieder stehen Staatskorporationen im Mittelpunkt des Geschehens. Den größten Betrag erhält mit 15 Mrd. US-Dollar die »ASV« für die Durchführung von Kapitalerhöhungen bei systemrelevanten, zumeist staatlich kontrollierten Banken, die von der Finanzierung aus dem Ausland abgeschnitten sind. Weitere 4,5 Mrd. USD soll die VEB aus dem Nationalen Wohlstandsfonds erhalten, um Kredite an die unterfinanzierte Realwirtschaft zu vergeben.

In einer besonders heiklen Lage befindet sich nun Rostec. Beim Absatz ist das Unternehmen vor allem von den amerikanischen Sanktionen betroffen, weil die USA der größte Absatzmarkt für Kalaschnikow-Gewehre sind und bislang auch in Russland Hubschrauber für die afghanische Armee gekauft haben. Die EU-Sanktionen sind insbesondere beim Bezug von Bauteilen von Bedeutung, da Russland für viele Rüstungsgüter auf Zulieferteile aus Europa angewiesen ist. Noch schwerer wiegt die Entscheidung der Ukraine, die Zusammenarbeit mit Russland im Rüstungsbereich aufzukündigen und keine Rüstungsgüter mehr nach Russland zu liefern: Die Rüstungsindustrien beider Länder sind so eng miteinander verbunden, dass Russland derzeit in vielen Bereichen ohne ukrainische Zulieferteile nicht auskommt.

Oberste Priorität besitzt daher jetzt die Importsubstitution. Um die Abhängigkeit des Landes zu reduzieren, sollen nun die erforderlichen Kapazitäten in Russland aufgebaut werden. Ganz unabhängig vom Fortgang der Krise ist nicht davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren bei den Rüstungsausgaben gespart wird. Parallel dazu dürfte auch die Bedeutung von Rostec und damit die Mittel, die dem Unternehmen zur Verfügung stehen, stetig wachsen. Das Krisenprogramm der Regierung stellt als ersten Schritt auf diesem Weg die Zuteilung weiterer Haushaltsmittel in Aussicht.

Fazit

Die auf stetige Expansion bedachten Staatskorporationen waren damit sowohl Opfer als auch große Gewinner der beiden Krisen. Die Übertragung der Vertikale der Macht auf die Wirtschaft scheint damit noch längst nicht am Ende angekommen. Das institutionelle Expe-

riment Staatskorporation bleibt den Beweis seines volkswirtschaftlichen Nutzens zwar nach wie vor schuldig. Der dahinter stehende Glaube, alles aus dem Zentrum regeln zu können, genießt jedoch gerade in Zeiten der internationalen Isolation Hochkonjunktur.

Dabei birgt die Übertragung der faktischen Entscheidungsgewalt über enorme Ressourcen an einen überschaubaren Personenkreis ein enormes Korruptionspotential, da diese Entscheidungsgewalt nicht an eine rechtliche Verantwortung der Inhaber gekoppelt ist und ihre Ausübung nur eingeschränkt kontrolliert wird. Auch die Tatsache, dass hinter den Staatskorporationen die Regierung steht, bietet ihnen nicht nur Vorteile. Zwar erhalten sie direkte und indirekte Subventionen und profitieren von Sonderregelungen, die auf sie zugeschnitten sind. Das führt allerdings zugleich dazu, dass sie auf Gedeih und Verderb auf die Stabilität der politischen Ordnung und der internationalen Beziehungen Russlands angewiesen sind, was sich in der aktuellen Krise deutlich gezeigt hat. Die gegenwärtige internationale Isolation konnte nur durch wachsende staatliche Zuwendungen ausgeglichen werden, wobei die hierfür erforderlichen Ressourcen rapide schwinden.

Über den Autor
Dr. Viktor Kessler studierte Rechtswissenschaften in Berlin und London und promovierte am DFG-Graduiertenkolleg »Verfassung jenseits des Staates«. Ab August 2015 ist er Berater des GIZ-Programms »Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Zentralasien« in Tadschikistan.

Lesetipps
- Kessler, Viktor: Die sichtbare Hand des Staates. Eine rechtsökonomische Analyse russischer Staatskorporationen, Berlin 2013.
- Volkov, Vadim: State Corporations. Another Institutional Experiment, in: Pro et Contra, 12.2008, Nr. 5–6, S. 67–79 <http://carnegieendowment.org/files/TwoCrisesConsequencesandOutlook.pdf>.
- Ninenko, Ivan; Julia Tkacheva: Die Geschäfte von Rosatom. Wettbewerbsverzerrungen und Korruption – eine Gefahr im russischen Atomsektor, in: Russland-Analysen Nr. 223, 01.07.2011; <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen223.pdf>.

Tabelle 1: Staatskorporationen und ihre Tätigkeitsbereiche

ASV	Umsetzung der gesetzlichen Einlagensicherung; Bankensanierung; Insolvenzverwaltung und Liquidierung von Banken
VEB	Finanzierung von Investitionen; Unterstützung exportorientierter Unternehmen; Verwaltung der Auslandsschulden und des Pensionsfonds; Unterstützung des Aktienmarkts und des Bankensektors
Rostec	Leitung von Unternehmen im Bereich ziviler und militärischer hochtechnologischer industrieller Produktion; Erfüllung des staatlichen Rüstungsauftrags; Umsetzung staatlicher Politik im Bereich der militärisch-technischen Zusammenarbeit
Rosatom	Leitung des zivilen und des militärischen Bereichs der Atomindustrie; Vermarktung der Atomenergie; normative Regulierung und administrative Aufsicht über die Atomindustrie; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen in diesem Bereich
Olimpstroj	Schaffung und Verwaltung der Infrastruktur für die Olympischen Winterspiele 2014 in Sotschi (2014 aufgelöst)
Rosnano	Förderung der Nanotechnologie durch Vergabe staatlicher Fördermittel und Beteiligung an Projekten und Unternehmen in diesem Bereich
Fonds ShKCh	Unterstützung des kommunalen Wohnungsbaus durch Vergabe staatlicher Mittel aus dem Zentralhaushalt an Föderationssubjekte für die Sanierung baufälliger Häuser

ANALYSE

Public-Private Partnership in der Russischen Föderation

Aktuelle Entwicklungen und Tendenzen im Kontext der Wirtschaftskrise

Ilya Levin, Berlin

Zusammenfassung

Seit mehreren Jahren wird in der Russischen Föderation der Versuch unternommen, alternative staatliche Beschaffungsinstrumente zu implementieren, die auf einer Kooperation mit privaten Strukturen beruhen. Im folgenden Beitrag wird neben einer allgemeinen definitorischen Einleitung zum einen die historische Entwicklung der Institution des Public-Private Partnershipsin der Russischen Föderation nachgezeichnet, sowie zum anderen die These vertreten, dass die aktuelle Wirtschaftskrise auch eine Chance für die verschiedenen Kooperationsformen bedeutet.

Einleitung

Die Frage des Einsatzes alternativer Beschaffungsinstrumente beherrscht seit mehreren Jahren zahlreichen Ländern die öffentliche Diskussion. Während in Europa das gemeinsame Arbeiten öffentlicher und privater Akteure bei der Verwirklichung von Gemeinwohlprojekten im Zuge der allgemeinen Marktliberalisierung bereits in den 1980er Jahren begann, blieb Public- Private Partnership (PPP) in Russland lange Zeit weitgehend unbeachtet. Erst Ende der 1990 Jahre wurde das Phänomen von der Wissenschaft am Beispiel westeuropäischer Projekte analysiert und diskursiv implementiert; Mitte der 2000er Jahre wurde auch die Politik darauf aufmerksam. Was verbirgt sich hinter dem Kürzel PPP, was sind Chancen und Risiken und wie sind die Aussichten für PPP in der Russischen Föderation?

Was ist Public Private Partnership?

Das öffentliche Beschaffungswesen ist durch Verwendung verschiedener Einkaufsmodelle und -instrumente gekennzeichnet. Neben dem seit Mitte des 19 Jahrhunderts bekannten direkten »klassischen« Erwerb von Gütern und Dienstleistungen existieren neue, von Befürwortern als »innovativ« bezeichnete Modelle zur Deckung des staatlichen Beschaffungsbedarfs. Hintergrund dieser Entwicklung ist die Krise der öffentlichen Haushalte (insbesondere auf kommunaler Ebene) sowie der gestiegene Bedarf an privatem Know-How. Eine Vielzahl unterschiedlicher Lösungsmöglichkeiten wird unter dem Begriff Public-Private Partnership (PPP) zusammengefasst.

Die Kernelemente des Phänomens können dabei wie folgt zusammengefasst werden:

Gemeinwohlbezug

Die Beteiligten verwirklichen ein Projekt das zumindest überwiegend im öffentlichen Interesse steht. In der Regel handelt es sich entweder um Infrastrukturprojekte (Straßenbau, Versorgungsnetze) oder um innovative Projekte, die ein besonderes privates Know-How erfordern (z. B. innovative IT-Lösungen für die öffentliche Verwaltung).

Langfristigkeit und Lebenszyklusansatz

PPP-Projekte zeichnen sich durch ihre Langfristigkeit aus. In der Regel beträgt die Projektdauer zwischen 10 und 30 Jahren und erfasst damit sämtliche Lebenszyklen des konkreten Vorhabens (Planung, Finanzierung, Errichtung, Betrieb).

Effektive Risikoallokation

Die Verwirklichung von Projekten basiert auf dem Grundsatz der Risikoallokation, d. h. Projektrisiken werden demjenigen Akteur zugewiesen, der sie am besten beherrschen kann. In der Regel verbleiben unternehmerische Risiken damit beim privaten Partner, während regulative, nicht wirtschaftliche Risiken, den öffentlichen Projektpartnern zugewiesen werden. Durch entsprechende Risikoallokation erhofft man eine Maximierung von Synergieeffekten und damit eine größere wirtschaftliche Effizienz von PPP-Projekten.

Chancen und Risiken des Public-Private Partnership

Wie bereits angedeutet, ist die Bedeutung von PPP im öffentlichen Beschaffungswesen umstritten.

Kritiker werfen dem Instrument mangelnde wirtschaftliche Effizienz vor. Durch die Langfristigkeit des Projekts würden öffentlichen Auftraggebern erhebliche Zusatzkosten entstehen, die bei Verwendung klassischer Beschaffungsvarianten deutlich geringer ausfallen würden. Gewiss existieren Vorhaben bei denen – insbesondere aufgrund unlauterer Einwirkungen auf staatliche Entscheidungsträger – wirtschaftlich unvorteilhafte Entscheidungen getroffen werden. Allerdings steht damit nicht fest, dass Korruptionsrisiken bei anderen Beschaffungsformen deutlich geringer ausfallen.

Schließlich darf nicht außer Acht bleiben, dass eine Kostenoptimierung als Folge der arbeitsteiligen Pro-

jektverwirklichung sowie die Erzeugung von Synergieeffekten stattfindet.

Die Situation in der Russischen Föderation

Während in westeuropäischen Ländern die Mechanismen von PPP »Löcher« in öffentlichen Haushaltskassen stopfen sollten, war der russische Weg – nicht unüblich – von einer anderen Motivation getragen.

In den 2000er Jahren stiegen die Ölpreise und damit auch die Haushaltseinnahmen, während gleichzeitig der Anteil maroder Infrastruktur weiter zunahm. Das Zusammentreffen beider Faktoren begünstigte das Interesse an alternativen Beschaffungsmethoden. Dieser vor allem regional zu beobachtende Trend verstärkte sich und wurde auf die föderale Ebene übertragen als der neu gewählte russische Präsident Dmitrij Medwedew 2008 seine Modernisierungsagenda verkündete. Diese implizierte eine weitgehende Modernisierung der existierenden Infrastruktur (vor allem der Bau neuer, dem gestiegenen Bedarf und technischen Herausforderungen gerechten Straßen) sowie eine Erneuerung sozialer Einrichtungen. Für die Verwirklichung solch ambitionierter Vorhaben war neben privaten Finanzmitteln auch privater Sachverstand erforderlich. PPP schien damals das geeignete Mittel zu sein.

Wie es bei der Regulierung neuer Phänomene üblich ist, rückte PPP in den Fokus rechtlicher und legislativer Debatten. Regionale Parlamente arbeiteten an der Verabschiedung verschiedener Gesetze, zahlreiche wissenschaftliche Tagungen wurden zu diesem Thema veranstaltet. Zum damaligen Zeitpunkt (2008–2010) war man einhellig der Auffassung, dass neue Gesetze für einen Zuwachs an privaten Investitionen und Know-How sorgen werden. Der Diskurs war von Begriffen wie »Investitionsklima« und »quality of governance« geprägt.

Diese Annahmen haben sich nur bedingt als richtig erwiesen. Viele regionale Gesetze litten an erheblichen regulativen Defiziten und konnten dementsprechend nur bedingt bei der Umsetzung der präsidialen Agenda von Nutzen sein. Insbesondere wurden die Gesetzestexte des Öfteren von aufgeladener politischer Symbolik, langen, die Bedeutung alternativer Beschaffungsinstrumente betonenden Präambeln und recht vagen Beschreibungen potentieller Modelle überlagert.

Ein weiteres Problem, das sich auch auf der föderalen Ebene eingeschlichen hatte, beruht auf der Verkennung des notwendigen wirtschaftlichen Hintergrunds für PPP. Entsprechend der alten sowjetischen Tradition ging der Staat immer davon aus, dass jegliche Zusammenarbeit mit nicht-staatlichen Akteuren streng zu reglementieren sei und Zugangshürden dementsprechend hoch sein müssen. Dass eine solche Herangehensweise, und die damit einhergehende regulative Umsetzung als Anreiz für gesteigerte private Investitionen, kontraproduktiv sein könnten war vielen Abgeordneten nicht klar.

So sah die erste Fassung des Föderalen Konzessionsgesetzes, des bisher einzigen föderalen PPP-Gesetzes, das nur eine der möglichen Kooperationsformen regelte, eine Hinterlegungspflicht im Umfang von 30 % der Auftragssumme (?) für die Teilnahme am Vergabeverfahren vor; eine solche Hürde schreckte mögliche Investoren unweigerlich ab. Außerdem durfte das Konzessionsobjekt nicht als Sicherheit für Fremdfinanzierung verwendet werden, was Investoren ebenfalls nicht unbedingt anlockte.

Allerdings gab es auch positive Praxisbeispiele. Als nach wie vor vorbildlich gilt das PPP-Gesetz in St. Petersburg, auf dessen Grundlage zahlreiche Infrastrukturvorhaben realisiert und mit dessen Hilfe wichtige logistische Probleme gelöst wurden.

Als Paradebeispiel eines gelungenen PPP-Projekts gilt der Bau des westlichen Teils der städtischen Autobahn in Sankt-Petersburg (»Sapadnyj skorostnoj diametr«). Die Gesamtlänge der sechs- bis achtspurigen neuen Autobahn beträgt 48,9 km. Fast die Hälfte der Errichtungskosten sollten vom privaten Partner eingebracht werden, der im Gegenzug das Recht erhielt, Nutzungsgebühren zu erheben um dadurch seine Investitionen zu refinanzieren. Das Vergabeverfahren wurde im November 2006 eröffnet. Vier verschiedene Unternehmensgruppen beteiligten sich am Verfahren; der Zuschlag ging dabei an das Unternehmen »Sapadnyj skorostnoj diametr – Newskij meridian«, einem Gemeinschaftsunternehmen von »Bouygues«, »Hochtief«, »Egis« und der Petersburger »Mostootrjad-19«. Der erste Abschnitt wurde im Oktober 2010 eröffnet. Bisher wurden drei der vier geplanten Abschnitte fertiggestellt.

Ein weiteres Beispiel ist die Renovierung des Flughafens Pulkowo in St. Petersburg. Dieses Vorhaben umfasst eine Erweiterung der bestehenden Flughafeninfrastruktur um ein weiteres Terminal sowie die Renovierung des vorhandenen Flughafengebäudes samt dazugehöriger Flughafeninfrastruktur. Der PPP-Vertrag sieht die Übertragung der Betriebsrechte auf eine private Projektgesellschaft (mit den Hauptinvestoren »VTB Capital«, »Fraport« und »Copelouzos«), die 30 Jahre lang sämtliche Errichtungs- und Betriebskosten trägt und sich dazu verpflichtet 11,5 % der jährlichen Gesamteinnahmen an die Stadt St. Petersburg als Eigentümer zu zahlen. Im Dezember 2013 wurde der erste Bauabschnitt des neuen Terminals für Passagiere eröffnet.

Ein föderales Gesetz über Public-Private Partnership?

Trotz der intensiven öffentlichen Debatten lässt eine einheitliche föderale Gesetzgebung nach wie vor auf sich warten. Dies ist ein hinderlicher Umstand, denn

gerade der föderale Haushalt verfügt über umfangreiche Finanzmittel , die für die Realisierung von Gemeinwohlprojekten in Form von PPP-Projekten mittels klarer und transparenter Regeln schnell und effizient eingesetzt werden könnten. Doch föderale PPP-Projekte bleiben nach wie vor die Ausnahme.

Es stellen sich weiterhin wichtige Fragen, wie z. B. die der Anwendbarkeit bestimmter Vergabeverfahren, der Abgrenzung zu anderen Beschaffungsinstrumenten, der Erstellung von Musterverträgen. Bislang ist vieles ungeregelt und lässt somit nicht nur potentielle Investoren sondern auch Fachministerien vor neuen Projekten zurückschrecken.

Public-Private Partnership in der Krise

Der russische Staatshaushalt blieb von der ersten, spürbaren, die Stabilität der gesamten Volkswirtschaft erschütternden Wirtschaftskrise seit 1998 nicht verschont. Die umfangreichen Sozialprogramme werden mittlerweile zurückgefahren, neue Projekte auf Eis gelegt oder verschoben. Unter diesen Bedingungen stellt sich die Frage, wie es um die Zukunftsaussichten des PPP in Russland bestellt ist.

Auf den ersten Blick spricht in erster Linie die wirtschaftliche Situation gegen neue Projekte. Dem staatlichen Haushalt fehlen (im Rahmen des eigenen Finanzierungsbeitrags) notwendige finanzielle Ressourcen sowie die Risikobereitschaft für neue Projekte. Wer soll in eine Ökonomie investieren, die mit essentiellen Problemen wie Sanktionen, Währungsschwankungen, der Abhängigkeit von einem fluktuierenden Ölpreis und mit Korruption zu kämpfen hat?

Diese Sicht ist jedoch nur bedingt zutreffend. PPP kann auch als Chance gesehen werden die nationale Konjunktur anzukurbeln. Bisher hat der Staat das private Know-How eingekauft und dabei keine Kosten gescheut. Mit schwindenden Öleinnahmen muss das bestehende Modell überdacht werden, Prioritäten neu gesetzt werden und neue, effizientere Modelle zum Einsatz kommen. Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass existierende Projekte kritisch evaluiert werden, indem neue wirtschaftliche Kalkulationen angestellt werden, so dass ein Teil der Kosten auf potentielle Nutzer umgelegt wird bzw. bestehende Tarife erhöht werden. Dabei handelt es sich um eine Entwicklung, die mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist.

Fazit

PPP stellt eine attraktive Alternative für die Verwirklichung von Gemeinwohlprojekten dar, indem der Staat das Know-How von privaten Akteuren akquiriert und vorhandene Ressourcen effizient bündelt. Allerdings sind noch einige Hürden zu bewältigen. Neben der Bekämpfung allgemeiner Phänomene (Korruption, selektive Rechtsanwendung, politisierte Judikative) mangelt es an einem effektiven rechtlichen Rahmen, der einen Teil dieser Risiken reduzieren würde. Die derzeitige Wirtschaftskrise kann auch als eine Chance für PPP betrachtet werden.

Über den Autor

Ilya Levin ist Rechtsreferendar am Kammergericht Berlin und war bis April 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Russisches Recht und Rechtsvergleichung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

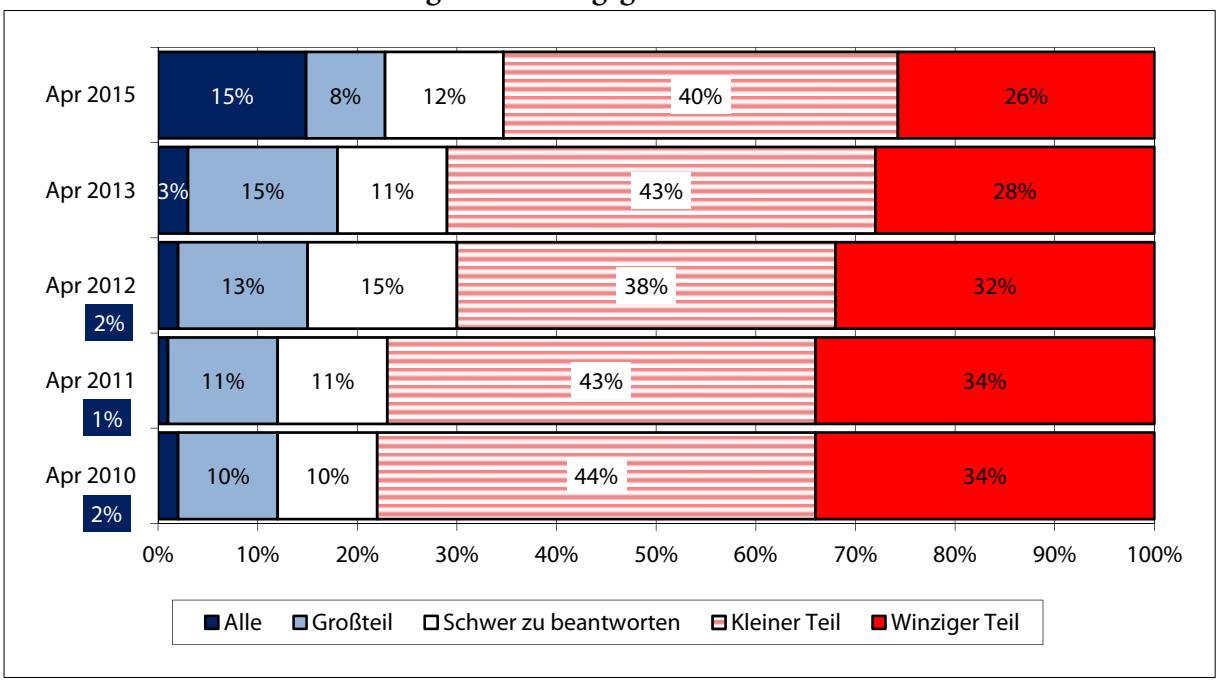
Lestipps

- Weikum-Groß, Angelique: Public Private Partnership in der Russischen Föderation. Bestandsanalyse und Rechtsvergleich zum deutschen Recht, Hamburg 2013.
- Levin, Ilya: Olympische Winterspiele in Soči. Staatlich-private Bewältigung eines Mega-Projekts in einem reichen Staat, Berlin 2014.
- Manssen, Gerrit, Antje Himmelreich, Elena Gricenko (Hrsg.): Public-Private-Partnership im kommunalen Bereich. Deutsche und russische Erfahrungen, Frankfurt a.M. 2015.

UMFRAGE

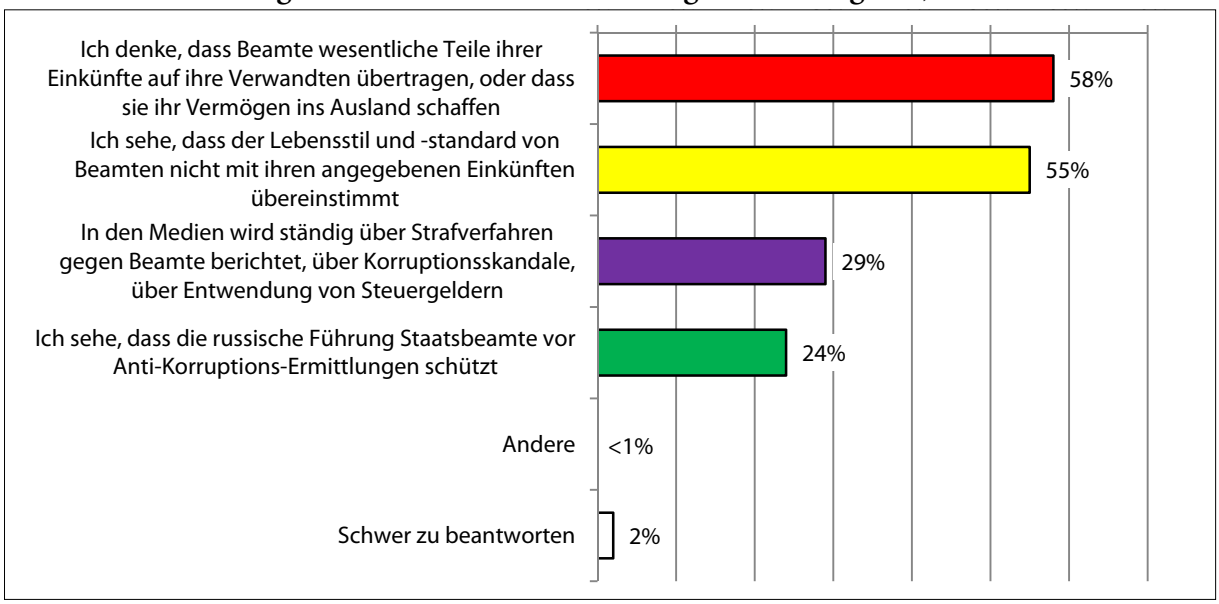
Die Einkommen der Beamten

Grafik 1: Was denken Sie, werden in den Steuererklärungen von Beamten üblicherweise alle Einkünfte und Vermögenswerte angegeben oder nur Teile davon?



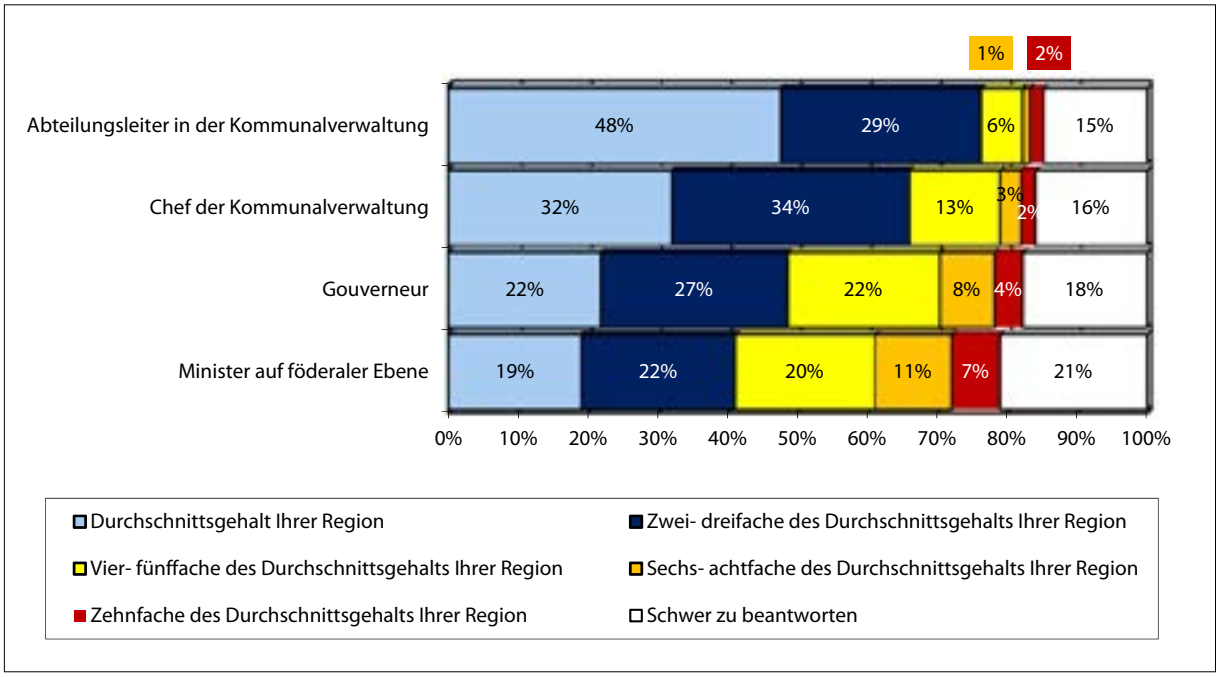
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. April 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/07-05-2015/dokhody-chinovnikov>, *veröffentlicht am 7. Mai 2015*

Grafik 2: Warum denken Sie, dass die Einkünfte von Beamten nicht mit ihren Steuererklärungen übereinstimmen? (April 2015, in % derjenigen, die annehmen, dass Staatsbeamte nicht ihre gesamten Einkünfte und Vermögenswerte angeben)



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. April 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/07-05-2015/dokhody-chinovnikov>, *veröffentlicht am 7. Mai 2015*

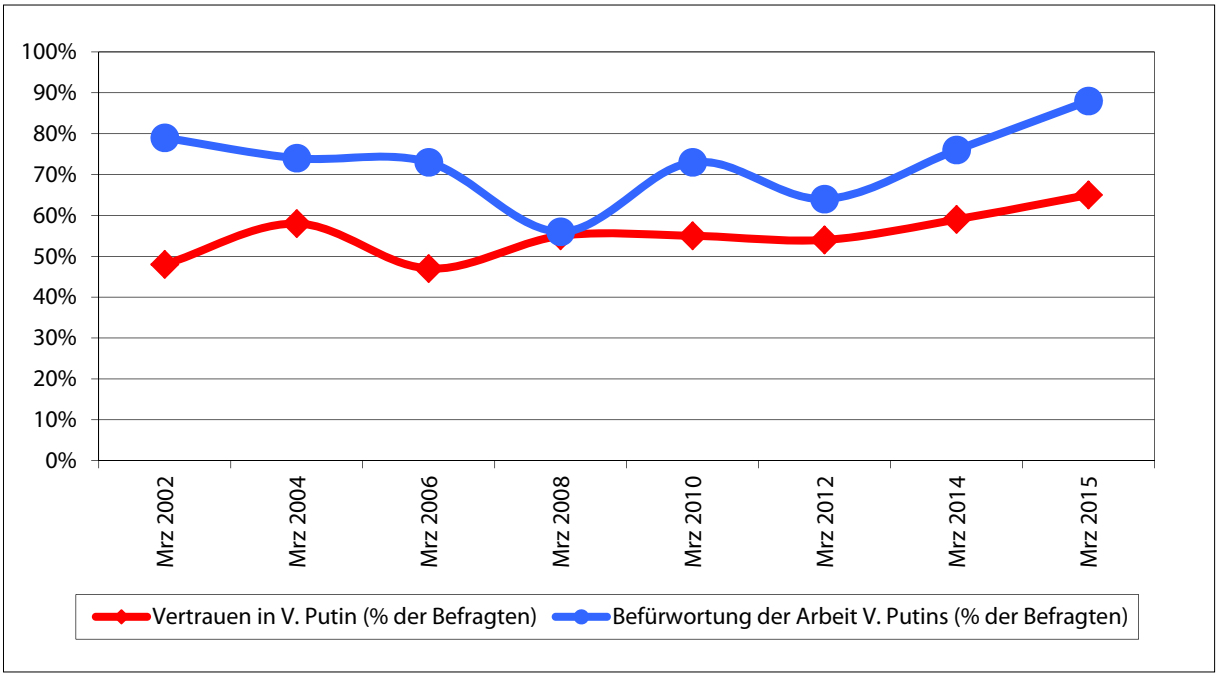
Grafik 3: Was denken Sie, was für ein Gehalt sollten folgende Personen erhalten…



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 17.–20. April 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/07-05-2015/dokhody-chinovnikov>, *veröffentlicht am 7. Mai 2015*

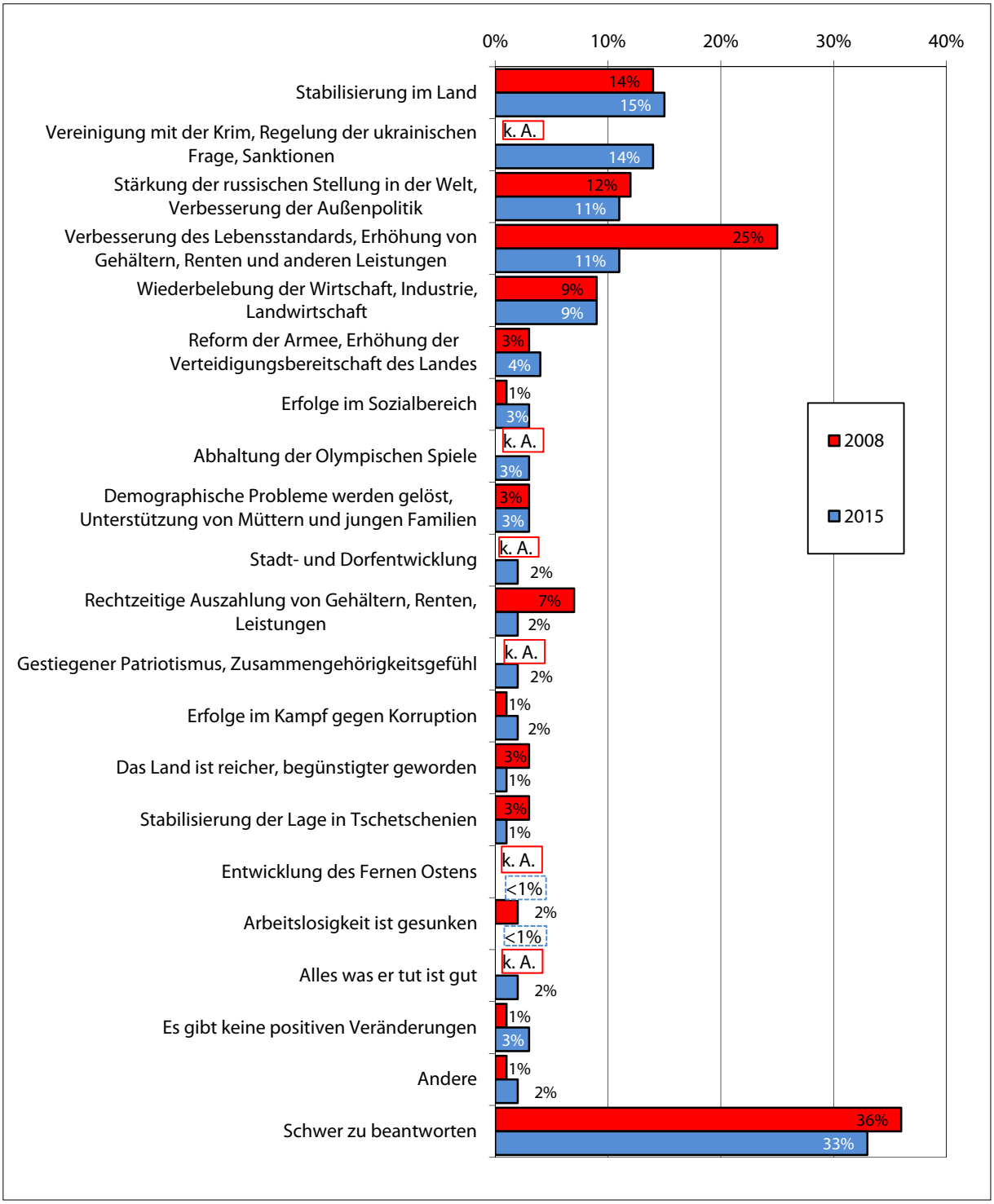
Vladimir Putin: drei Jahre nach den Wahlen von 2012, fünfzehn Jahre Staatsoberhaupt Russlands

Grafik 4: Das Rating Putins (2002–2015)



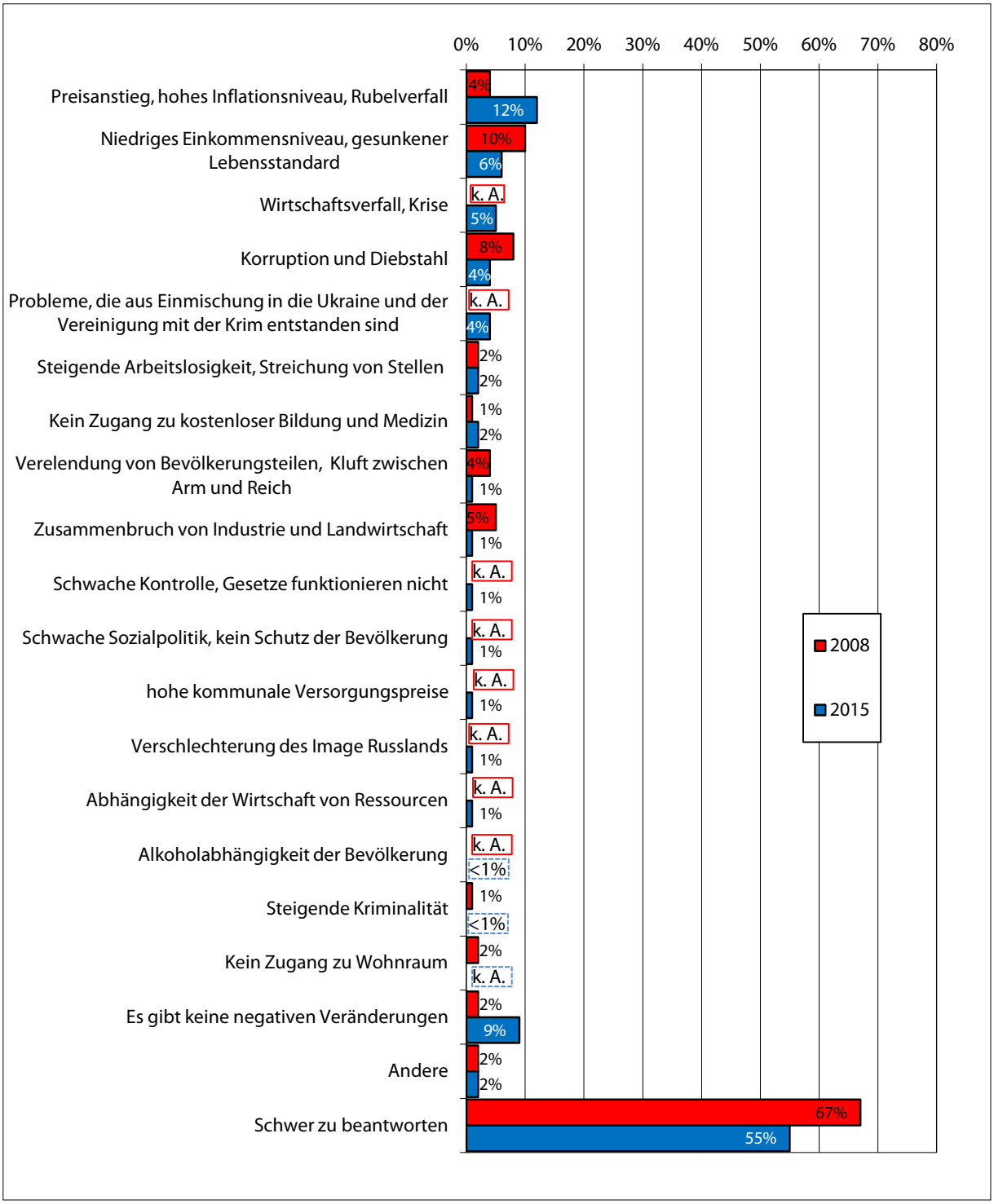
Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM, vom 7.–8. März 2015, N= 1600 [<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115179>, *veröffentlicht am 13. März 2015*

Grafik 5: Nennen Sie bitte positive Veränderungen im Land im vergangenen Jahr, die Sie mit dem Namen Vladimir Putin verbinden? (offene Frage, beliebige Antwortmöglichkeiten, einige Antworten wurden 2008 nicht gegeben)



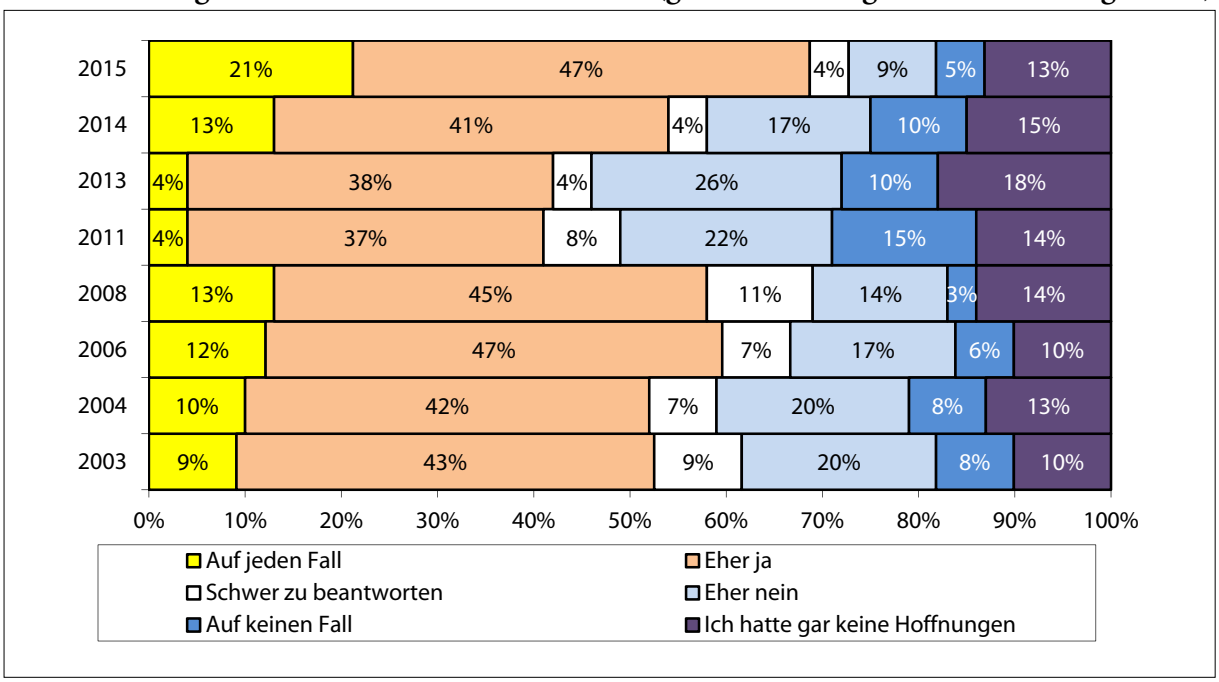
Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM, vom 7.–8. März 2015, N= 1600 [<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115179>*, veröffentlicht am 13. März 2015*

Grafik 6: Nennen Sie bitte negative Veränderungen im Land im vergangenen Jahr, die Sie mit dem Namen Vladimir Putins verbinden? (offene Antwort, beliebige Antwortmöglichkeiten, einige Antworten wurden 2008 nicht gegeben)



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM, vom 7.–8. März 2015, N= 1600 [<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115179>*, veröffentlicht am 13. März 2015*

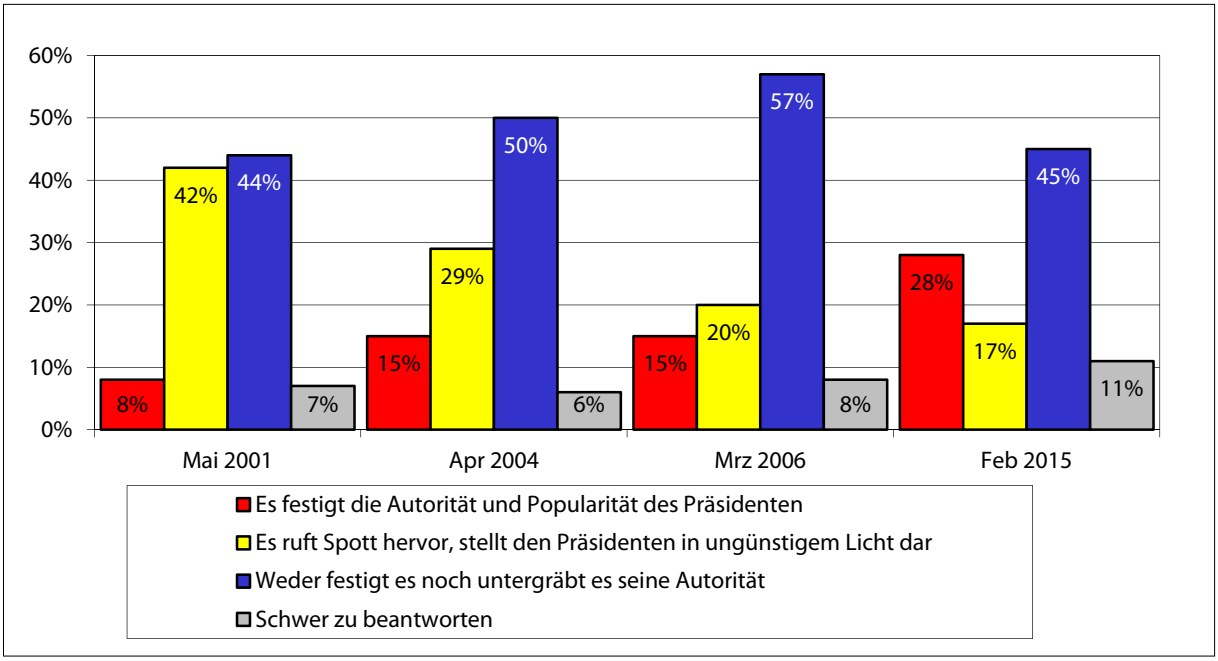
Grafik 7: Haben sich in der Zeit, in der Präsident Vladimir Putin an der Macht ist, Ihre Hoffnungen, die sie mit ihm verbinden, erfüllt? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit)



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM, vom 7.–8. März 2015, N= 1600 [<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=115179>*, veröffentlicht am 13. März 2015*

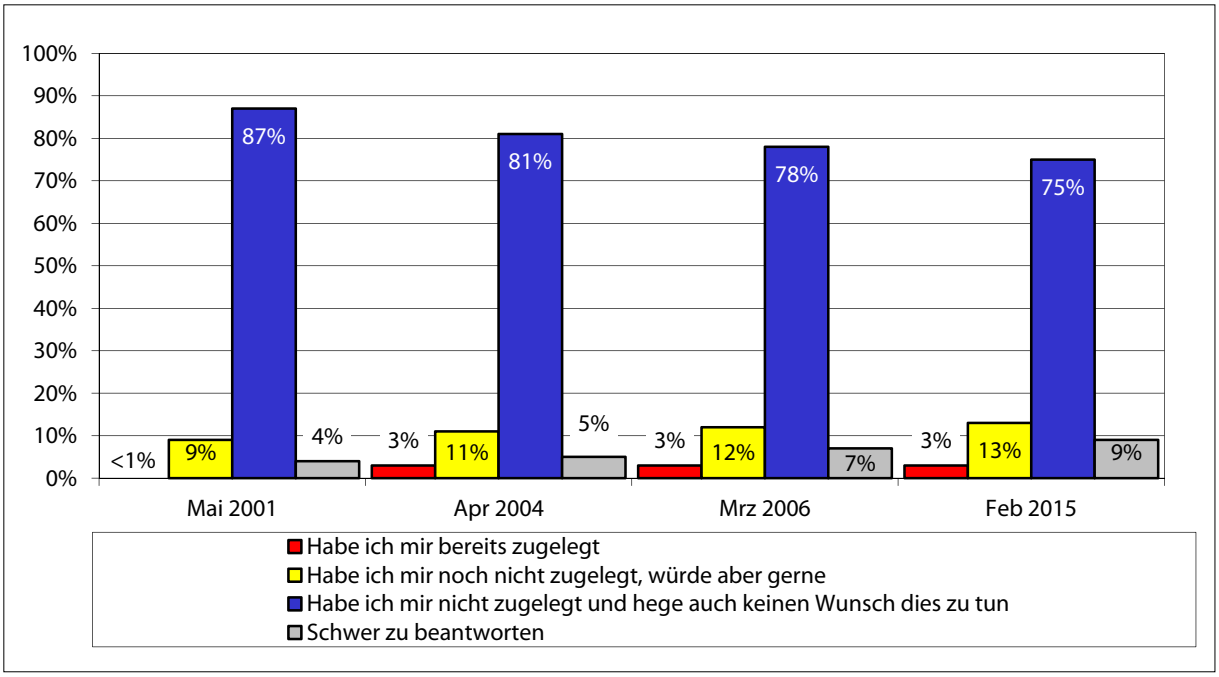
Die Symbolik der Darstellung Vladimir Putins

Grafik 8: Wie erscheint es Ihnen, im Hinblick auf die Autorität Putins, dass zahlreiche Abbildungen von ihm in Form von Porträts, T-Shirts etc. verbreitet sind?



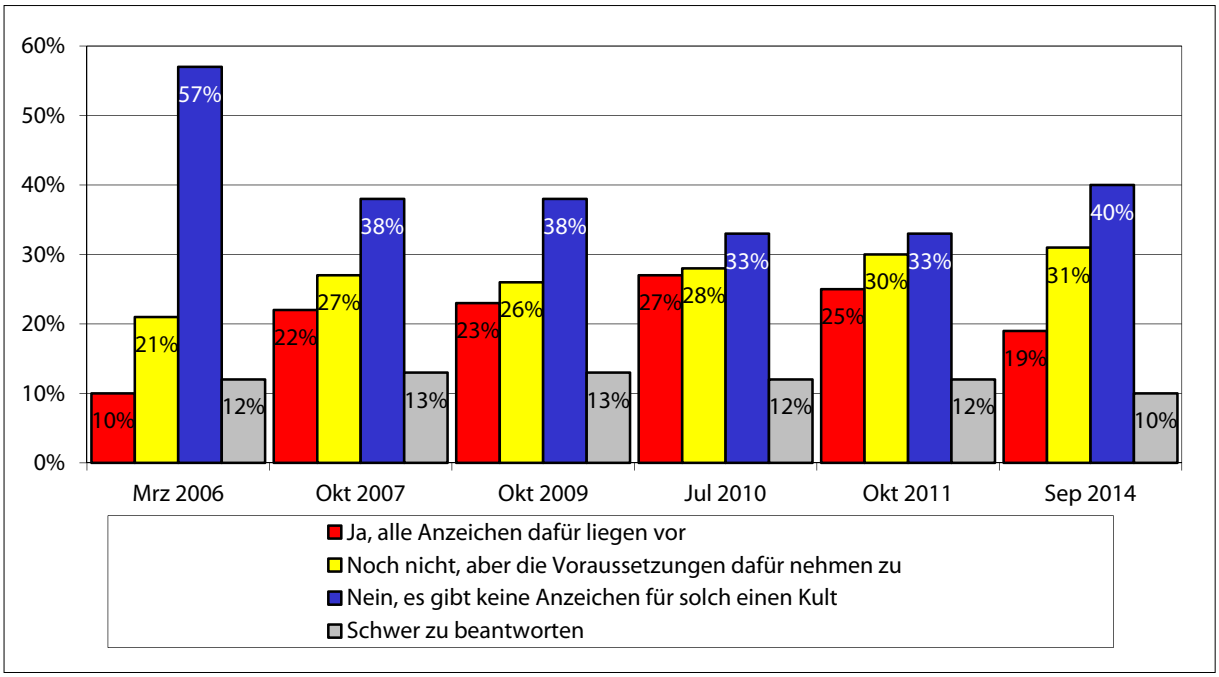
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Februar 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/05-03-2015/simvolika-s-izobrazheniem-vladimira-putina>*, veröffentlicht am 5. März 2015*

Grafik 9: Würden Sie sich selbst gerne ein Porträt oder eine Büste von Vladimir Putin zulegen (oder haben Sie dies bereits getan)?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Februar 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/05-03-2015/simvolika-s-izobrazheniem-vladimira-putina>, *veröffentlicht am 5. März 2015*

Grafik 10: Was denken Sie, existiert in Russland ein Personenkult um die Person Vladimir Putin?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 20.–23. Februar 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/05-03-2015/simvolika-s-izobrazheniem-vladimira-putina>, *veröffentlicht am 5. März 2015*

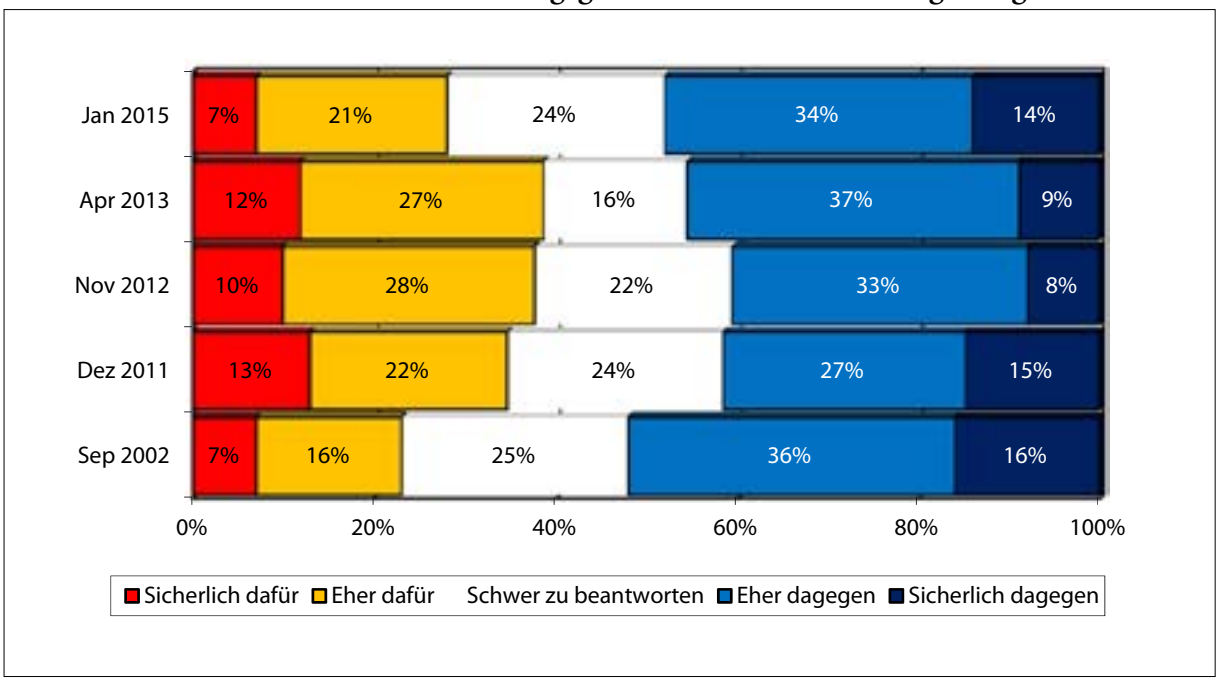
Die Tätigkeit der Regierung

Tabelle 2: Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Regierung

	Januar 2015	Alter				Bildung				Verbraucherstatus				Wohnort				
		18–24	25–39	40–54	55+	Hochschulbildung	Mittlere Berufsausbildung	AllgemeineMittlere Schulbildung	Ohne Abschluss	Geringes Einkommen	Mittleres Einkommen	Gesichertes Einkommen	Überdurchschnittliches Einkommen	Moskau	Stadt über 500.000 Einwohner	Zwischen 100.000 und 500.000	Stadt bis 100.000 Einwohner	Dorf
Was denken Sie, kommt die derzeitige Regierung mit den Problemen, vor dem das Land steht, zurecht?																		
Sicherlich	4 %	2 %	5 %	5 %	4 %	3 %	4 %	5 %	5 %	5 %	4 %	4 %	<1 %	2 %	4 %	5 %	3 %	5 %
Eher ja	38 %	45 %	44 %	37 %	30 %	41 %	42 %	37 %	29 %	35 %	36 %	46 %	22 %	30 %	48 %	43 %	30 %	37 %
Eher nein	36 %	32 %	33 %	41 %	37 %	34 %	36 %	36 %	39 %	35 %	36 %	35 %	54 %	42 %	32 %	33 %	38 %	39 %
Sicher nicht	10 %	3 %	5 %	11 %	15 %	10 %	9 %	10 %	9 %	15 %	8 %	7 %	20 %	16 %	7 %	8 %	12 %	9 %
Schwer zu beantworten	12 %	18 %	13 %	6 %	15 %	13 %	8 %	13 %	18 %	10 %	16 %	9 %	5 %	11 %	9 %	12 %	18 %	11 %
Wären Sie derzeit dafür oder dagegen, dass die amtierende Regierung zurücktritt?																		
Sicherlich dafür	7 %	6 %	6 %	6 %	9 %	4 %	9 %	6 %	9 %	10 %	5 %	9 %	1 %	15 %	3 %	14 %	5 %	4 %
Eher dafür	21 %	13 %	19 %	25 %	24 %	21 %	24 %	18 %	20 %	22 %	22 %	18 %	34 %	20 %	24 %	17 %	29 %	16 %
Eher dagegen	34 %	26 %	36 %	34 %	35 %	37 %	31 %	33 %	35 %	33 %	33 %	38 %	27 %	28 %	39 %	40 %	31 %	30 %
Sicherlich dagegen	14 %	17 %	15 %	14 %	12 %	13 %	15 %	14 %	14 %	13 %	16 %	12 %	6 %	11 %	19 %	13 %	10 %	15 %
Schwer zu beantworten	24 %	38 %	24 %	21 %	20 %	26 %	21 %	28 %	22 %	22 %	24 %	24 %	32 %	26 %	15 %	16 %	25 %	37 %

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/10-02-2015/deyatelnost-pravitelstva>, *veröffentlicht am 10. Februar 2015*

Grafik 11: Wären Sie derzeit dafür oder dagegen, dass die amtierende Regierung zurücktritt?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–26. Januar 2015, N= 1600 <http://www.levada.ru/print/10-02-2015/deyatelnost-pravitelstva>*, veröffentlicht am 10. Februar 2015*

AUS RUSSISCHEN BLOGS

Wirtschaftskrise überwunden? Prognosen der Wirtschaftsexperten

Ende Mai haben mehrere staatliche Wirtschaftsfachleute angesichts der Stärkung der russischen Währung von einer Überwindung der Krise und einer Erholung der Wirtschaft in Russland berichtet. Mit Verweis auf die Einschätzung der staatlichen Behörde für Statistik »Rosstat« betonte der stellvertretende Ministerpräsident Igor Schuwalow auf einer Regierungssitzung am 15. Mai, dass der tatsächliche Rückgang des BIP im ersten Quartal geringer ausfalle, als vorläufige Berechnungen des Wirtschaftsministeriums prognostiziert hätten, und sich die Wirtschaft nicht mehr im Krisenzustand befinde. Der Chef der größten russischen Staatsbank »Sberbank«, German Gref, stimmte Schuwalow zu und sagte, dass die heftigste Phase der Krise schon vorbei sei. Den Aussagen der ersten stellverstretenden Vorsitzenden der Zentralbank Ksenija Judajewa zufolge werde die Beständigkeit des russischen Finanzsystems regelmäßig überprüft, alle »Stress-Tests« und dergleichen nach dem Erdölpreis von 40 US-Dollar pro Barrel und dem BIP-Verfall von 7 % seien bestanden worden. Unabhängige Wirtschaftsexperten äußern sich allerdings skeptisch gegenüber optimistischen Einschätzungen der Staatsvertreter und sehen noch nicht, dass die Wirtschaft in der aktuellen Krise in Russland die Talsohle schon erreicht habe. Der Ökonom Igor Nikolajew zweifelt an der Vollständigkeit der offiziellen Zahlen von Rosstat und wundert sich über den Selbstbetrug der Staatsbeamten. Der Blogger Tschumakow vergleicht die aktuelle Krise mit der Situation in Russland 2009 und spekuliert über die zukünftigen wirtschaftspolitischen Spielräume des Kremls. Der Immobilienexperte Tscharikow schlägt angesichts der wachsenden Krise auf dem Wohnungsmarkt Alarm. Der Wirtschafts-Blogger Pawel Rjabow sagt noch zwei Quartale Wirtschaftsrückgang voraus. Olga Kuwschinowa, Expertin der Tageszeitung »Wedomosti«, prognostiziert eine mehrjährige Stagnation in Russland.

Nikolajew: Die Zahlen sprechen gegen eine Erholung der Wirtschaft

»[…] Der Handelsrückgang hat im April einen neuen Negativrekord aufgestellt: minus 9,8 % im Vergleich zum April 2014. Die realen Einkommen im Monatsmittel sind sogar um13,2 % (!) abgestürzt. Investitionen in das Grundkapital: minus 4,8 %. Bauwesen: minus 5,2 % usw.

Schließlich ist nur die Landwirtschaft im Jahresvergleich um 3,3 % gewachsen. Aber auch dort gibt es erklärende Faktoren, die zu einer zurückhaltenden Bewertung selbst solcher Werte zwingen. […]

Wie kann man angesichts dieser Zahlen behaupten, dass sich die *worst case*-Szenarien nicht eingestellt hätten, dass die akute Phase der Krise schon vorüber sei usw.? Was ist das: der Wunsch, uns einzureden, dass alles vorüber ist, oder ein Versuch der Selbsthypnose, oder eine Art Bericht an die Vorgesetzten? Es fällt aber schwer uns zu überzeugen, wenn sogar die offiziellen Statistiken von Rosstat das Gegenteil zeigen. Die Selbsthypnose mag ja erfolgreich sein; der Wirtschaft wird es aber dadurch nur schlechter gehen. In der Tat, warum soll man etwas tun, wenn das Allerschlimmste, wie es scheint, schon vorbei sei. So tun sie auch nichts, unter dem starkem Eindruck, dass der Rubel stärker geworden ist.«
Igor Nikolajew bei Echo Moskwy, 26.05.2015; <http://echo.msk.ru/blog/nikolaev_i/1555286-echo/>

Tschumakow: Die Krise wird sich erst noch entfalten

»[…] Man kann eindeutig sagen, dass die aktuelle Krise eine völlig andere Form annimmt als die Krise von 2008. Der Hauptunterschied liegt darin, dass ein nachhaltiger Trend zur Wirtschaftserholung fehlt. Um es verständlicher zu machen, fangen wir mit den Dimensionen der Weltwirtschaft an. Ein äußerst starker Rückgang der Erdölpreise zusammen mit einem stabilen Wachstum der Ölreserven belegt, dass es beachtliche Komplikationen im Mechanismus der Weltwirtschaft gibt. Warum? Das Anwachsen der Erdölreserven zeigt uns in erster Linie eine Veränderung des Erdölverbrauchs. Das ist wichtig, denn Erdöl wird in fast allen Produktions- und Verarbeitungsprozessen in der Welt verwendet. Das heißt, wenn Erdöl nicht verbraucht wird, ist eine Senkung des Konsums von Gütern und Dienstleistungen festzustellen, deren Preise mittelbar oder unmittelbar vom Öl beeinflusst werden. Der Preisverfall ist eine Reaktion des Marktes auf diesen Prozess.

Einige werden nun sagen, dass dieser Prozess bald ins Lot kommt. Doch das ist wohl leider nicht der Fall. Die letzten Halbjahre sind die Erdölreserven nur gewachsen, was uns anzeigt, dass der Markt nicht bereit ist, die Überschüsse zu verbrauchen. Wenn es keine Rezession in der Wirtschaft gäbe, hätte man zweifellos sehr schnell eine Balance zwischen Angebot und Nachfrage gefunden. Dies ist auf die Umgestaltung des Grundparadigmas des Erdölmarktes zurückzuführen. Die Veränderungen hängen damit zusammen, dass die Ausbeutung der Schieferfelder in den USA ein neues Effizienz-Maximum, sowohl bei der Förderung als auch der Erschließung, erreicht hat […], was heute zu veränderten Funktionsregeln des Erdölmarktes führt. Für Russland ergeben sich bei dieser Lage der Dinge die Bedingungen für eine heftige Wirtschaftskrise, die sich jetzt erst zu entfalten beginnt. […]

Das einzige Mittel, das den Regierenden bleibt, ist die offene oder verdeckte Steuerlast für Bürger zu erhöhen. Das geschieht und wird in unterschiedlichster Art und Weise weiter geschehen.«
Iwan Tschumakow auf Echo Moskwy, 28.05.2015 <http://echo.msk.ru/blog/ekspert_i/1556934-echo/>

Tscharikow: Krise auf dem Immobilienmarkt

»Der Immobilienmarkt ist bekanntlich von der Krise infiziert: die Marktakteure äußern sich schon unverhohlen, dass die Nachfrage eingebrochen ist; dass die Verkäufe fast den Nullwert erreicht haben; in verschiedenen Internet-Portalen wird über Aussichten eines baldigen Preissturzes diskutiert; Makler sind deprimiert; Bauträger halten sich noch, verlieren aber auch immer mehr ihren Optimismus; und zu alldem steht noch ein heißer Sommer bevor, wenn man den Aussagen der Wetterexperten Glauben schenken kann… […]

Sollen wir also zum Jahresende eine Pleitewelle unter den Bauunternehmen und ›eingefrorene‹ Baustellen erwarten? […]«
Dmitrij Tscharikow auf Echo Moskwy, 1.06.2015; <http://echo.msk.ru/blog/charikov_d/1559014-echo/>

Rjabow: Wirtschaftsrückgang bis zum dritten Quartal

»[…] Seit der Gründung der Russischen Föderation in der jetzigen Form sind die Gehälter der Bevölkerung nominell im Jahresvergleich noch nie gesunken. Noch nie – bis jetzt. Nun sind sie gegenüber dem Vorjahr unter Berücksichtigung der Krim um 0,4 % gefallen und ohne die Krim um 1 % gestiegen. Selbst dieses eine Prozent wäre ein historischer Tiefstwert. Der Fall ist beispiellos und eines Eintrags ins Buch der Negativrekorde würdig.[…]

Es gibt bislang keinen einzigen Indikator, der für ein Ende der Krise spräche. Es gibt Anzeichen einer unbedeutenden Stabilisierung. Die Inflation hat ihren unkontrollierten Anstieg beendet und sich auf einem Niveau von 16–17 % pro Jahr stabilisiert (vor allem auf Grund der Festigung des Rubels und einer gedämpften Nachfrage im Einzelhandel). […]

Die Banken haben ihre Schulden gegenüber der Zentralbank auf das Niveau vom Herbst 2014 heruntergefahren, Die *credit spreads* haben sich stabilisiert, aber ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht. Der makroökonomische und finanzielle Verfall wird noch mindestens bis zum dritten Quartal 2015 seine Auswirkungen zeigen. […]«
Pawel Rjabow auf Livejournal, 23.05.2015 <http://spydell.livejournal.com/581627.html>

Kuwschinowa: Russland muss mit einer mehrjährigen Stagnation rechnen

»[…] Im Unterschied zum Jahr 2009, als die verringerte Außennachfrage zum Abschwung der Wirtschaft in Russland führte, sinkt das BIP nun wegen der schrumpfenden Inlandsnachfrage, d. h. aufgrund zurückgehender Investitionen und schwachen Konsums. Der Rückgang der Investitionen dauert bereits das dritte Jahr an und ist faktisch zum »Hintergrundmodus« geworden. Die Dimensionen des Konsumrückgangs zeigen allmählich Wirkung in der Realwirtschaft, die ihre Produktionspläne korrigiert: dadurch lässt sich u. a. der Rückgang der Industrieproduktion im April erklären. Der private Konsum wird weiter zurückgehen, mindestens bis zum Herbst. Der Anstieg der realen Einkommen hat praktisch im September 2014 aufgehört, wird sich aber vor dem Hintergrund der »schlechten Basis« – rein statistisch – verbessern. Deswegen könnte die Wirtschaft ihren Rückgang noch zwei Quartale beschleunigen – sowohl in der offiziellen Version, als auch nach unabhängigen Konsens-Prognosen – wenn es keine drastischen Veränderungen des Erdölpreises und der Situation im Donbass gibt. Zu diesen beiden wichtigsten ›wenn‹, die keineswegs obsolet sind, kommen noch weitere Risiken hinzu: eine Verschärfung der Investitionskrise, eine Sequestierung der Haushalte. Nach der Explosion der staatlichen Rüstungsausgaben ist das Potential für einen Anstieg auf Vorjahresniveau ausgeschöpft. Deswegen warnen vorsichtige Experten, dass das Ende der Rezession noch nicht in Sicht ist. […]

Bei den Börsenmaklern gibt es einen Spruch: Es gibt keinen Rückgang, es gibt nur erhöhtes Wachstumspotential. Je tiefer der Fall, desto größer das Potential für eine Erholung. Von diesem Standpunkt aus wächst das Wachstumspotential der russischen Wirtschaft mit jedem Monat, den der Abschwung anhält. Die Regierung berechnet schon, ob die Wirtschaft bis zur Präsidentschaftswahl die Verluste aufholen und auf das Niveau von 2013 kommen könnte, und unter welchen Bedingungen das möglich wäre. Diese Bedingungen – ein drastisches Investitionswachstum – scheinen bisher spekulativ zu sein. Der Staat hat kein Geld für Investitionen. Der private Investor fühlt sich in Russland nicht wohl: Die Risiken sind größer als mögliche Gewinne. In dieser Situation stellt die »schlechte Ausgangsbasis« die wichtigste Wachstumsquelle dar: Das Wachstum ist rein statistisch. Ein solches Wachstum dürfte für lange Zeit auf 1–2 % pro Jahr begrenzt sein (so sehen es u. a. Zentralbank und IWF): tatsächlich wäre es eine mehrjährige Stagnation.«
Olga Kuwschinowa bei vedomosti.ru, 26.05.2015; <http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2015/05/26/593833-potentsial-rosta-rossiiskoi-ekonomiki-uvelichivaetsya-s-kazhdim-mesyatsem-spada>

Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)

DOKUMENTATION

Der Fall des CISR

Am 12. März 2015 erhielt das in St. Petersburg ansässige Zentrum für Unabhängige Soziologische Studien (CISR) eine Verwarnung des russischen Justizministeriums, dass es gegen das sogenannte »Agentengesetz« verstoßen hätte [siehe Link zur Anordnung in Russisch und Englisch unten]. Die Mitarbeiter des Zentrums brachten darauf am 15. April 2015 folgenden offenen Brief im Umlauf.

Offener Brief der Mitarbeiter des »Zentrums für Unabhängige Soziologische Studien« (St. Petersburg)

Am 12. März 2015 erhielt die Autonome nichtkommerzielle Organisation »Zentrum für Unabhängige Soziologische Studien« ([engl. Abk.:] »CISR«) eine Verwarnung der Hauptverwaltung St. Petersburg des Justizministeriums (<http://cisr.ru/en/news/minyust-preduprezhdenie/>), da das Zentrum gegen Gesetze der Russischen Föderation ver-

stoßen habe; das Schreiben enthält die Anordnung, dass das Zentrum bis zum 20. April 2015 einen Antrag auf Aufnahme in das Register für »Nichtkommerzielle Organisationen«, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen« zu stellen habe.

Wir, die Mitarbeiter des Zentrums für Unabhängige Soziologische Studien, halten diese Anordnung für unbegründet.

Gemäß § 2 Punkt 6 des Föderalen Gesetzes »Über nichtkommerzielle Organisationen« wird unter einer »nichtkommerziellen Organisation, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllt« eine russische nichtkommerzielle Organisation (NKO) verstanden, die eine Finanzierung aus ausländischen Quellen erhält und sich auf dem Territorium der Russischen Föderation mit politischer Tätigkeit befasst. Unter »politischer Tätigkeit« wird in diesem Gesetz die »Beteiligung (unter anderem durch Finanzierung) an der Organisation und Durchführung von politischen Aktionen, die auf Entscheidungen von Staatsorganen Einfluss nehmen sollen, auf eine Änderung der von ihnen durchgeführten staatlichen Politik ausgerichtet sind, oder auf eine Änderung der öffentlichen Meinung zu den genannten Zwecken« verstanden. Das Gesetz führt aus, dass »[Zu] politischer Tätigkeit nicht eine Tätigkeit in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Kunst [und vielen anderen] gehört« (§ 2 Punkt 6 Abs. 3). Das Verfassungsgericht der Russischen Föderation hat eingehender klargestellt, dass eine Tätigkeit in diesen Bereichen nicht als politisch betrachtet werden kann, selbst in dem Falle, dass sie »den Zweck hat, auf Entscheidungen von Staatsorganen oder auf durch diese verfolgte staatliche Politik einzuwirken« (Punkt 3.3 des Verfassungsgerichtsbeschlusses Nr. 10-P vom 8. April 2014).

Unserer Ansicht nach *belegt kein einziger der in der Verwarnung der Verwaltung des Justizministeriums aufgeführten Umstände eine »politische Tätigkeit« des CISR im Sinne von § 2 Punkt 6 des Föderalen Gesetzes »Über nichtkommerzielle Organisationen«.* Alles, was dort aufgeführt wird, gehört zur satzungsgemäßen Tätigkeit des CISR, entspricht der Definition von »wissenschaftlicher Tätigkeit«, wie sie im Föderalen Gesetz »Über die Wissenschaft und die staatliche Wissenschafts- und Technologiepolitik« gegeben wird […], sowie der »professionellen Tätigkeit« eines Soziologen (siehe den Föderalen Bildungsstandard für Soziologie)[1].

Unserer Ansicht nach stellen die Entwicklung und Herausgabe eines Methodik-Handbuchs, das Einstellen von Aufzeichnungen eines wissenschaftlichen Vortrags und dessen Erörterung oder die Ankündigung einer gemeinschaftlich verfassten Monographie, in der die Ergebnisse einer Studie veröffentlicht werden, auf der Website der Organisation eine Form der wissenschaftlichen, d. h. professionellen Tätigkeit von Soziologen dar, und kann nicht als »politische Aktion« eingestuft werden.

Wir halten die in der Verwarnung enthaltene Behauptung, dass das Methodik-Handbuch, das für eine Schulung zur Unvoreingenommenheit von Friedensrichtern unter Mitwirkung eines Mitarbeiters des Zentrums entwickelt wurde, »die Herstellung einer negativen öffentlichen Resonanz bezwecken« sollte, und dass »das CISR durch die redaktionelle Bearbeitung, den Druck, die Verbreitung [dieser] Publikation zielgerichtete Handlungen zur Schaffung einer negativen öffentlichen Meinung« in Bezug auf das Gerichtswesen in der Russischen Föderation vornehme, für unbegründet. Die in dem Handbuch angeführte Definition von »Unvoreingenommenheit« […] entspricht den Prinzipien für einen rechtskonformen Gerichtsprozess und liegt den Anforderungen an ein gerechtes Gerichtsverfahren zugrunde, wie sie in der Strafprozessordnung der Russischen Föderation und anderen Dokumenten zur Prozessordnung festgeschrieben sind.

Der Vorwurf der Verwaltung des Justizministeriums in Bezug auf die Diskussion über einen bei den alljährlichen Vorlesungen Lektionen des CISR gehaltenen wissenschaftlichen Vortrags zu politischen Strategien der Gewerkschaften, deren Aufzeichnung auf der Website des Zentrums eingestellt wurde, läuft darauf hinaus, dass »Teilnehmer [dieser Veranstaltung] Äußerungen getätigt haben, in denen geltende Gesetze negativ bewertet werden«. Unserer Ansicht nach kann die öffentliche Äußerung von Kritik an geltenden Gesetzen nicht als Bruch dieser Gesetze und kann die Äußerungen von Seminarteilnehmern nicht als Tätigkeit der Organisation betrachtet werden. Darüber hinaus stellt ein kritischer Ansatz eine der Anforderungen an die wissenschaftliche und Forschungstätigkeit von Soziologen dar (s. Punkt 4.4 der Standards); er kann nicht aus der wissenschaftlichen Diskussion ausgeschlossen und als Beleg für »politische Tätigkeit« betrachtet werden.

1 Per Anordnung Nr. 42 des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft der Russischen Föderation vom 14. Januar 2010 ist der Föderale Standard für höhere Berufsbildung in der Ausbildungsrichtung 040100 (Soziologie, Magisterabschluss) verabschiedet worden. Diesem Standard zufolge gehören zu den beruflichen Tätigkeitsbereichen von Soziologen die Gebiete Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Bildung (Punkt 4.1), zur beruflichen Tätigkeit von Soziologen gehören »Forschung[stätigkeit] (die Ausübung einer Abfolge von Handlungen, die auf die Gewinnung neuen Wissens über das Objekt der beruflichen Tätigkeit gerichtet sind), produktiv angewandte Tätigkeit (Bewertung der Ergebnisse und Folgen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Sozialgutachten, Bildungs-, Informations- und Beratungstätigkeit in Regierungs- und Verwaltungsstellen […]« (Punkt 4.3). Moderne Berufsstandards für die Soziologie befinden sich noch in Ausarbeitung.

Für ebenso unbegründet halten wir die Annahme der Verwaltung des Justizministeriums in Bezug auf die Ziele, die das CISR angeblich verfolgte, als es auf seiner Website Informationen über die gemeinschaftlich verfasste Monographie »Die Politik der Apolitischen. Bürgerbewegungen 2011–2013 in Russland« platzierte. Dieses Buch beschreibt die Ergebnisse empirischer Studien zu aktuellen politischen Prozessen. Es hat alle Zyklen der Erstellung eines wissenschaftlichen Textes einschließlich der Rezension durchlaufen und ist in einem angesehen Verlag erschienen. Die Annahme, dass Sozialwissenschaftler zu anderen als wissenschaftlichen und professionellen Zwecken eine Studie durchführen und deren Ergebnisse veröffentlichen, basiert auf einer fehlerhaften Vorstellung vom Charakter und den Aufgaben der Arbeit von Soziologen.

Wir erklären unser gesetzlich verbrieftes Recht Forschungsthemen selbständig und frei zu wählen und uns öffentlich zu den Ergebnissen unserer Arbeit zu äußern. Wir behaupten, dass ein direkter oder mittelbarer Einfluss auf die öffentliche Meinung eine logische Folge der beruflichen Tätigkeit von Soziologen ist und nichts an deren Wesen ändert. Der Soziologie ist immanent eine kritische Funktion eigen. Es ist ihr Ziel, gesellschaftliche Phänomene zu studieren, einen Dialog mit der Gesellschaft zu führen, und dabei ihre professionelle Sicht auf Probleme vorzulegen. Die Soziologie ist wie jede Wissenschaft international. Ohne eine Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus anderen Ländern, ohne einen Anschluss an den internationalen Markt der Forschungsförderung verliert die russische Soziologie ihre Anreize und ist zu Stagnation und Niedergang verurteilt.

Wir sind der Ansicht, dass nichtstaatliche (selbstverwaltete) Forschungszentren wie das Zentrum für Unabhängige Soziologische Studien bei der Gestaltung und Entwicklung einer modernen Soziologie in Russland eine wichtige Rolle übernehmen. Die Anwendung des »Gesetzes über ausländische Agenten« auf Wissenschaftsorganisationen dieser Art stellt eine institutionelle Diskriminierung von Sozialwissenschaftlern in Bezug auf ihren Arbeitsplatz dar, da dies praktisch einem Berufsverbot für Wissenschaftler , die im nichtstaatlichen und nichtkommerziellen Bereich arbeiten, gleichkommt. Die Aufnahme eines nichtstaatlichen Forschungszentrums in das Register ausländischer Agenten würde der betroffenen Organisation nicht nur eine große administrative und finanzielle Last auferlegen, sondern auch die berufliche Tätigkeit der Mitarbeiter einschränken, indem ihnen der Zugang zu legitimen Wissenschaftsfeldern[2] entzogen und ihr verfassungsmäßiges Recht auf wissenschaftliche Kreativität beschnitten wird.

Ausgehend vom oben Gesagten *sehen wir keinen Grund zur Vorlage eines Antrags auf Aufnahme des Zentrums für Unabhängige Soziologische Studien in das Register nichtkommerzieller Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen, und betrachten eine solche Forderung durch die Verwaltung des Justizministeriums als unbegründet und diskriminierend.*

12. April 2015

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

* * *

Auf der Website des CISR wurde ein Unterstützerbrief veröffentlicht, den wir an dieser Stelle ebenfalls dokumentieren. Er wurde bisher von 1354 Personen aus dem In- und Ausland unterzeichnet (Stand 2. Juni 2015). Die englische Fassung des Briefes und die Möglichkeit zur Unterzeichnung sind unter <http://cisr.ru/en/support/> zu finden.

Unterstützerbrief

Am 15. April 2015 hat das Zentrum für unabhängige soziologische Studien (CISR) einen offenen Brief in Umlauf gebracht, in dem die Belegschaft seine Weigerung verkündet, einen Antrag auf Aufnahme des CISR in das Register für russische nichtkommerzielle Organisationen zu stellen, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen.

Wir unterstützen die Mitarbeiter des Zentrums in ihrer Entscheidung. Wir halten die Verwarnung des Justizministeriums der Russischen Föderation nicht nur für unbegründet, sondern auch für eine Bedrohung der Soziologie in Russland.

Das CISR ist heute eines der profiliertesten und in der Wissenschaft anerkanntesten soziologischen Zentren Russlands. Die Entstehung des CISR im Jahr 1991 korrespondierte ideal mit dem damaligen Zeitgeist: Seine Gründung

2 Bekanntermaßen werden bereits Gesetzesentwürfe erörtert, die Staatsbediensteten eine mögliche Zusammenarbeit mit nichtkommerziellen Organisationen, die im Register für NKOs, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen, verbieten oder diese erheblich beschneiden (§ 17 des Föderalen Gesetzes »Über den zivilen Staatsdienst der Russischen Föderation«).

stellte den erfolgreichen Versuch dar, eine neue Wissenschaft in einem neuen Land zu betreiben. Die Studien des Zentrums haben stets die Aufmerksamkeit von Kollegen und eines breiten Publikums auf sich gezogen – aufgrund ihrer wissenschaftlichen Unerschrockenheit und Sensibilität gegenüber dem Zeitgeschehen und der Fähigkeit, Probleme genau zu benennen, lange bevor sie für die Allgemeinheit ersichtlich werden. Den Bemühungen des Zentrums ist es zu einem großen Teil zu verdanken, dass sich in den unterschiedlichsten Feldern der Sozialforschung – Migration, Ethnizität, städtisches Alltagsleben, Genderforschung – eine zeitgenössische Wissenschaftssprache etablierte, hochwertige Methoden der Sozialforschung sich entwickelten, Verbreitung fanden und sich grundlegend neue Themenkomplexe eröffneten.

Das CISR hat sich über viele Jahre hinweg zu einem bedeutenden Ort wissenschaftlicher Debatte, zu einer Ressource für russische und internationale Wissenschaftler sowie zu einer Basis für die Verwirklichung innovativer und interdisziplinärer Projekte entwickelt. Die vom Zentrum organisierten Konferenzen und Seminare bringen Wissenschaftler aus vielen Ländern zusammen. Die vom Zentrum herausgegebene zweisprachige [russisch und englisch] Zeitschrift »Laboratorium: Zeitschrift für Sozialforschung« hat unter Kollegen eine wohlverdiente Anerkennung gefunden. Viele Wissenschaftler aus Russland und dem Ausland schätzen die Resultate ihrer Zusammenarbeit mit dem CISR in wissenschaftlichen Projekten und betrachten Aufenthalte am CISR als wichtige Etappe ihrer beruflichen Laufbahn.

Die Verwaltung St. Petersburg des Justizministeriums legt dem CISR eine Kritik an der geltenden russischen Gesetzgebung zur Last, und dass es die Aufmerksamkeit auf die in der modernen russischen Gesellschaft bestehenden Probleme lenkt. Das bedeutet praktisch, dass die Mitarbeiter des Zentrums beschuldigt werden, ihre Aufgabe (zu) gut zu machen. Die Fähigkeit soziale Probleme und Unzulänglichkeiten aufzudecken, sind nicht Charakteristika eines ausländischen Agenten, sondern der Soziologie als einer internationalen Wissenschaft. An allen Universitäten der Welt wird Studierenden der Soziologie beigebracht, Probleme zu identifizieren, Forschungsfragen zu stellen, letztere mit Hilfe eines professionellen Instrumentariums zu beantworten und einen Dialog mit der Gesellschaft zu führen.

Für Soziologen ist ein Kommunikationsverbot über Unzulänglichkeiten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen und Praktiken gleichbedeutend mit einem Berufsverbot.

Wie vielen von uns bekannt ist, führte die Weigerung, soziale Prozesse in der UdSSR kritisch zu analysieren, zu beträchtlichen Defiziten der sowjetischen Gesellschaft in ihrem Wissen über sich selbst. Jede Gesellschaft, die die Verfolgung von Sozialwissenschaftlern und unabhängigen wissenschaftlichen Organisationen zulässt, ist dazu verurteilt, Wissen, Ideen und Strategien hinsichtlich der eigenen Zukunft einzubüßen.

Wir halten das Zentrum für Unabhängige Soziologische Studien (CISR) für einen wichtigen Teil der russischen und internationalen soziologischen Gemeinschaft und die Unabhängigkeit und Unbefangenheit seiner Standpunkte sowie seine Fähigkeit zur Kritik für zentrale Charakteristika seiner Profession.

Wir möchten daher dem Justizministerium nahelegen, seine Verwarnung zurückzuziehen und dem Recht der Sozialwissenschaftler auf ihren Beruf Respekt zu erweisen. Wir sind bereit, die Mitarbeiter des Ministeriums bei einer eingehenden Analyse des Wesens der Soziologie als Wissenschaft und als einer bedeutenden sozialen Tätigkeit zu unterstützen, um zukünftige, ungerechtfertigte Anschuldigungen zu vermeiden.

Übersetzung aus dem Russischen: Anna Schwenck

- Die Verwarnung des Justizministeriums auf Englisch: <http://cisr.ru/en/news/minyust-preduprezhdenie/>
- Internetauftritt von »Laboratorium: Zeitschrift für Sozialforschung«: <http://www.soclabo.org/index.php/laboratorium>

NOTIZEN AUS MOSKAU

Feudalismus im Vielvölkerstaat?

Jens Siegert, Moskau

Mit dem Zweiten Tschetschenienkrieg begann Ende August 1999 der rasante Aufstieg Wladimir Putins. Dieser Aufstieg war auch möglich, weil sich Putin einer der größten Ängste vieler Menschen in Russland annahm: der Angst, das neue Russland könne, der Sowjetunion folgend, weiter auseinander fallen. Der Unabhängigkeitsdrang der Tschetschenen hatte in den 1990er Jahren ja gezeigt, dass das nicht nur eine theoretische Möglichkeit war. Die 1990er Jahre waren überdies insgesamt von starken zentrifugalen Tendenzen geprägt. Das Moskauer Zentrum, das ja schon die Sowjetrepubliken hatte gehen lassen (müssen), war (politisch und ökonomisch) schwach. Präsident Jelzin hatte den Regionen zugerufen, sie sollten sich »soviel Souveränität« nehmen, wie sie schlucken könnten. Viele, darunter einige der ethnisch konstituierten, »nationalen« Republiken, nahmen sehr große Schlucke.

Putin hat dieses Rad unter großer Zustimmung der Bevölkerung Russlands, vor allem, aber nicht nur der ethnisch russischen, zurück gedreht. Er tat dies mit Härte, hatte aber auch das Glück eines bereits 1998 einsetzenden, vor allem vom rasanten Steigen des Ölpreises gestützten wirtschaftlichen Aufschwungs. Das Moskauer Zentrum hatte also, bildlich gesprochen, nicht mehr nur die Peitsche zur Verfügung, sondern konnte auch viel Zuckerbrot zu verteilen. Entscheidend dabei, eine große Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Putin, wenn schon nicht alles, so doch sehr vieles richtig mache, war aber wohl die harte bis brutale Entschlossenheit, mit der Tschetschenien per erneutem Krieg im Land gehalten wurde. Allerdings brachte auch dieser Erfolg, wie das so oft mit politischen Erfolgen ist, einige Kosten mit sich. Und wie ebenso oft, ließ sich der Rück-(Zahltag) erst einmal aufschieben.

Das Werden des russischen Vielvölkerstaates

Um die heutige Situation zu verstehen, muss ich aber ein wenig tiefer in die Geschichte des russischen Vielvölkerstaates zurück gehen, denn das (Selbst-)Verständnis einer sozialen Gruppe als »Volk« oder gar als »Nation« ist immer das Ergebnis geschichtlicher Prozesse, ein Ergebnis von politischen und sozialen Auseinandersetzungen.

Sowohl das Russische Reich bis 1917 als auch die Sowjetunion bis 1991 waren Imperien, in denen mehr ethnische Nicht-Russen lebten als ethnische Russen (Ende des 19. Jahrhunderts waren es 43 % Russen, etwas weniger als 50 % in der Sowjetunion). Das russische Imperium unterschied sich in einem wesentlichen Punkt von anderen europäischen Imperien (z. B. dem British Empire): Die eroberten Territorien wurden, nicht immer sofort, aber letztlich doch alle, direkt in den russischen Staat inkorporiert. Sie waren keine Überseeterritorien und die eroberten Menschen wurden spätestens mit der Sowjetunion alle Bürger des großen Landes. Das ist vielleicht der wichtigste Grund, weshalb es in Russland bis heute höchst umstritten ist, ob das Land überhaupt ein Kolonialreich war.

Das ist seit dem Ende der Sowjetunion anders. Seither ist Russland – trotz seiner Selbstdefinition in der Präambel der Verfassung als »multinationales Volk« (russisch: »mnogonazionalnyj narod«; <http://www.constitution.ru/de/>) – ein ethnisch durchaus ziemlich homogenes Land. Der Volkszählung von 2010 zufolge sind 81 % der Bevölkerung ethnische Russen. Die größte ethnische Minderheit sind die Tataren mit 3,7 %, dann folgen Ukrainer mit 1,4 %, Baschkiren mit 1,1 % und die Tschuwaschen mit 1 % (<http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/140073/volkszaehlung-von-2010-29-06-12>).

Die nationalen Minderheiten mit territorialen Sonderrechten lassen sich in drei Gruppen teilen: Erstens die Wolgarepubliken, die schon seit dem 16. Jahrhundert Teil des Russischen Imperiums sind und die samt ihren Eliten sehr gut in die russische Gesellschaft integriert sind. Zweitens die autochthonen Völker des hohen Nordens, Sibiriens und des fernen Ostens. Sie verfügen über eine meist eher schwach ausgeprägte nationale Identität, zumindest drückt sich diese kaum in besonderen Autonomiebestrebungen aus. Und drittens die Völker des Nordkaukasus, die erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in blutigen Kriegen unterworfen und dem Russischen Reich einverleibt wurden. Hier sind Unabhängigkeitsbestrebungen, siehe Tschetschenien, am virulentesten.

Keine kohärente Minderheitenpolitik

Gibt es heute eine kohärente staatliche Politik in Russland in Bezug auf die im Land lebenden ethnischen Minderheiten? Um mit Radio Eriwan zu antworten (einem in Russland sehr oft erkenntnisführenden Zugang): im Prinzip, ja. 2012 unterzeichnete Präsident Putin eine »Strategie für eine Nationalitätenpolitik der Russischen Föderation bis 2025« (<http://www.minnac.ru/minnac/info/14183.html>), die ein ähnliches, unter Jelzin 1996 verabschiedetes Papier ersetzte. Um es aber frei heraus zu sagen: Es gibt nur wenige Verbindungen zwischen diesen Dokumenten und dem, was tatsächlich vor sich geht. Denn diese »Strategie« geht auf den nachkolonial

wesentlichen (und bei weitem nicht exklusiv russischen) Widerspruch nicht ein, nämlich dem, warum es zwar ethnisch begründete und territorial abgegrenzte Entitäten innerhalb des russischen Staates gibt, in denen bestimmte Ethnien (aber eben nicht alle) besondere, wenn auch im wesentlichen lediglich sprachliche und kulturelle Sonderrechte genießen, während die Frage nach staatlicher Souveränität aber tabu ist.

Im sich demokratisch versuchenden Russland der 1990er Jahre wurde diese, wie soll man sie nennen, »Unentschlossenheit« zu einem großen Problem. Ein Problem, dem zu begegnen der russische Staat in Bezug auf die Tschetschenen (die eben nicht einsahen, dass Ukrainer, Weißrussen, Georgier oder Kasachen ihre eigenen Staaten bekamen, sie aber nicht) sich nur mit Gewalt in der Lage sah (ich weiß, es gibt viele unterschiedliche Theorien darüber, warum der Erste Tschetschenienkrieg »wirklich« begonnen wurde, aber hier handelt es sich um eine eher strukturelle Analyse). Erst der von weniger demokratischen Skrupeln umgebene und erfüllte Putin brachte dann die notwendige Entschlossenheit auf, den Gewaltweg auch bis zum (vorläufigen) Ende zu gehen. Für alle anderen ethnischen Republiken war das ein deutliches Zeichen, es gar nicht erst zu versuchen. Davon, dass dieses Zeichen angekommen ist, zeugen die aktuellen Wahlergebnisse dort, die durchweg eine Zustimmung zu Putin von 80 und mehr Prozent zeigen. Auch wenn das wohl weniger als Zustimmung denn als Loyalitätsbezeugung zu bewerten ist.

Putin reaktivierte aber für seine Nationalitätenpolitik ein weiteres sowjetisches Relikt. Das Konzept der »Russischen Welt« lässt sich nicht nur nach außen (also gegenwärtig vor allem auf die Ukraine) gerichtet verstehen. Es ist auch, vielleicht sogar in erster Linie, zur Konsolidierung nach innen gedacht. Gegenüber den nationalen Minderheiten wiederholt er damit, nur in eine etwas modernere Sprache gefasst, die stalinsche These von den ethnischen Russen als den »älteren Brüdern« der anderen, kleineren Völker in Russland.

Noch einmal zusammengefasst und etwas anders ausgedrückt: Die Nationalitäten-Strategie heißt nur so, ist aber keine Strategie, sondern ein Postulat (ja eine Beschwörung), zudem ein weitgehend unhistorisches. Die Beschwörung besteht darin zu behaupten, der Staat Russland sei ewig und unteilbar. Allein der Blick in die allerjüngste Geschichte zeigt aber ja deutlich, dass das nicht stimmt. Das wissen natürlich auch die meisten Menschen in Russland (weshalb sie ja den weiteren Zerfall des Landes so fürchten) und deshalb ist etwas ganz anderes politisch wirksam: Der brutale zweifache Krieg gegen die aus dem Land strebenden Tschetschenen zuerst 1994 bis 1996 und dann noch einmal ab 1999.

Tschetscheniens faktische Unabhängigkeit

Nun zu den schon erwähnten Kosten. Das Moskauer Zentrum hat den Zweiten Tschetschenienkrieg längst nicht so eindeutig gewonnen, wie oft angenommen wird. *De facto* ist Tschetschenien unter Ramsan Kadyrow heute unabhängiger, als es seit der Kapitulation des legendären Imam Schamil 1866 je gewesen ist. Eben gerade deshalb, eben weil viele Tschetschenen unter so großen Verlusten für einen unabhängigen Staat gekämpft haben und viele, nicht nur die Kämpfer, sondern auch Zivilisten, Frauen und Kinder dabei umgekommen sind, gelten in Tschetschenien russische Gesetze nur eingeschränkt. Auch das wissen alle anderen. Man könnte den heutigen Deal mit Kadyrow aus Sicht des Kreml (oder Putins, das ist, siehe unten, nicht so ganz klar) etwa so beschreiben: Du kannst alles machen, nur das Wort »Unabhängigkeit« ist tabu. Kadyrow halt sich daran. In gewisser Weise macht er sich sogar darüber lustig (obwohl er das vielleicht so nicht sehen würde, andererseits scheint er, wie viele Diktatoren, eine grausame, zutiefst obszöne Art von Humor durchaus zu haben), indem er sich demonstrativ öffentlich zum größten »Verteidiger Russlands« ausruft.

Wobei das so nicht ausreichend genau beschrieben ist, denn Kadyrows erklärte Loyalität gehört nicht dem Land oder dem Staat, sondern Wladimir Putin persönlich. Und sie ist immer ein Spiel. Ein Spiel um die Gunst am Hof des Feudalherren, zu dem Kadyrow Putin damit de facto macht (und der sich dazu, wie es scheint, nicht ungern, machen lässt). Es ist aber auch ein Spiel mit der Alternative, der Illoyalität, indem Kadyrow immer wieder die Grenzen des Unerlaubten austestet. Das ist an zwei Ereignissen der vergangenen Wochen noch einmal besonders deutlich geworden, an der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Chef des Staatlichen Untersuchungskomitees Alexander Bastrykin und an der Zwangshochzeit einer 17-jährigen Frau mit einem 47-jährigen Polizeichef und Kadyrow-Freund.

Machtorgane versus Kadyrow?

Schon längere Zeit, besonders deutlich geworden nach dem Mord an Boris Nemzow in Moskau im Februar dieses Jahres, ist einigen Leuten aus Putins Umgebung, vor allem aus dem Sicherheitsapparat, das selbstherrliche Ignorieren Kadyrows fast jeglicher Gesetze und selbst ungeschriebener Regeln ein Dorn im Auge. Der Grund dürfte nicht in besonderer Gesetzestreue dieser Leute zu suchen sein, sondern eher darin, dass Bastrykin, Innenminister Konowalow, der Sekretär des Sicherheitsrates Patruschew und andere dieses Privileg ausschließlich für sich in Anspruch nehmen. Ihnen gefällt nicht, dass Kadyrow durch seinen direkten Zugang zu Putin und seine (ganz gleich, ob nun tatsächliche oder angenommene) Alternativlosigkeit dabei zu sein scheint,

einen eigenen (eigenständigen) Machtpol im Geflecht der starken Männer im und um den Kreml zu bilden.

Als Ende April Polizisten aus der Tschetschenien benachbarten Region Stawropol in Tschetschenien einen Tschetschenen festnehmen wollten, eröffneten tschetschenische Polizisten das Feuer. Mindestens ein tschetschenischer Polizist starb bei dem Feuergefecht und Kadyrow beschwerte sich daraufhin öffentlich darüber, dass das Innenministerium die Frechheit habe, in Tschetschenien ohne seine Zustimmung zu agieren. Der Innenminister Konowalow, aber auch Bastrykin reagierten schnell und hart. Kadyrow, der, wie es scheint, diese Auseinandersetzung bewusst gesucht hat, musste einen Rückzieher machen.

Anders ging die Geschichte mit der in der russischen Presse »Jahrhunderthochzeit« genannten Zwangsheirat aus. Der 47 Jahre alte Chef einer kommunalen Polizeidienststelle in Tschetschenien, Freund und Mitkämpfer Kadyrows (solche Leute sind dort, in ihrem jeweiligen kleinen Reich, König und Gott zugleich), begehrte eine 17-Jährige aus seinem Dorf zur Zweitfrau. Nun ist Bigamie in Russland zwar verboten, Kadyrow hat jedoch Ende vorigen Jahres alle Männer der Republik aufgerufen, sich, wenn sie es sich finanziell leisten können (und wenn sie es können, dann seinetwegen, was zu betonen er nicht vergaß), Zweit- oder gar Dritt- und Viertfrauen zu nehmen, um so dem kriegsbedingen Männerdefizit in Tschetschenien zu begegnen und die Geburtenrate zu steigern. Die junge Frau wollte nicht, der Fall und ein erstes Interview mit ihr gingen durch die überregionale Presse, und die Empörung, sowohl wegen des Zwangs als auch der anstehenden Bigamie war groß.

Doch dann schaltete sich Kadyrow persönlich ein und nahm den Polizeichef in Schutz. Die Familie der jungen Frau wurde unter Druck gesetzt, sie selbst erneut der Presse vorgeführt und ihr eine öffentliche Liebeserklärung abgepresst. Diesmal bekam Kadyrow auch Unterstützung aus Moskau. Der Kinderbeauftragte Pawel Astachow, einer der Initiatoren des Adoptionsverbots von russischen Kindern durch US-amerikanische Staatsbürger, ließ vernehmen, dass das minimale gesetzliche Heiratsalter doch 16 Jahre sei, es also nichts auszusetzen gebe. Der Pressesprecher des russisch-orthodoxen Patriarchats, der Priester Wsewolod Tschaplin, verstieg sich gar zur Erklärung, in christlicher Tradition seien Heiraten ab 13 Jahren möglich und überhaupt sei »Vielweiberei« gute moslemische Tradition und damit, da Tschetschenien Teil Russlands sei, in Übereinstimmung mit den gegenwärtig allseits hoch angesehenen »traditionellen russischen Werten« (die beiden im Russischen verwendeten Adjektive für das ethnisch Russische (»russkij«) und das staatlich, auch die anderen Völker Einschließende Russische (»rossijskij«) gerate hier mitunter durcheinander). Kadyrow tanzte auf der Hochzeit mit der Braut und demonstrierte damit, wie wenig ihn russische Gesetze in seinem Tschetschenien zu kratzen haben.

Die Tschetschenen als Fremde in Russland?

Die faktische Unabhängigkeit Tschetscheniens mit dem Anspruch Kadyrows, im zentralen Machtsystem des Landes auch eine führende Rolle zu spielen, ist das eine Ergebnis der Tschetschenienkriege. Das andere ist eine fortschreitende ethnische Entmischung im Nordkaukasus, wiederum am stärksten in Tschetschenen. Der Anteil der Nicht-Tschetschenen, die in Tschetschenien leben, liegt heute bei unter 3 %. Vor den Kriegen lebten dort mehr als 50 % Nicht-Tschetschenen, vor allem natürlich Russen. Ähnliche Tendenzen, wenn auch noch nicht in dieser Schärfe, sind in den benachbarten Republiken im Nordkaukasus zu beobachten. Das ist eine Entwicklung, die diese Region von den Wolgarepubliken und dem Norden und Osten unterscheidet.

Hinzu kommt eine weitere Entfremdung. Umfragen zeigen, dass »Menschen aus dem Nordkaukasus« (immerhin Staatsbürger Russlands) im russischen Herzland zu den am wenigsten willkommenen »Fremden« zählen, oft sogar weit vor den ansonsten wenig gelittenen (Arbeits-)Migranten aus Zentralasien. Auch im Alltagsgespräch werden Nordkaukasier oft aus der nationalen Gemeinschaft ausgeschlossen, indem von »uns« und »ihnen« die Rede ist. Ähnliches gibt es in Bezug auf, zum Beispiel, Tataren, Baschkiren oder Burjaten (immerhin auch Moslems oder, im Fall der Burjaten, Buddhisten) kaum (wobei das »kaum« eher meiner Vorsicht entspringt, vielleicht etwas verpasst zu haben).

Niemand kann sagen, wie lange sich diese Spannungen beherrschen lassen (vielleicht sehr lange), aber es lässt sich unschwer vermuten, dass sie durch (kommende) wirtschaftliche Probleme eher verstärkt werden dürften. Die Erinnerung an den Krieg (mit den »Russen«, aber auch, als eine Art innertschetschenischer Bürgerkrieg) ist in Tschetschenien allgegenwärtig. Der Krieg ist Bezugspunkt fast jeden Gesprächs und jeder Erzählung. Jede Familie hat Tote und, vielleicht noch schlimmer, Verschwundene (die wahrscheinlich tot sind, aber – weil die Hoffnung auch in Tschtetschenien als letzte stirbt – eben nicht richtig betrauert werden können) zu beklagen. All das wird durch die brutale Diktatur Ramsan Kadyrows nur verdeckt.

Umgekehrt hat sich auch nirgends jemand richtig um die (meist ethnisch) russischen Soldaten gekümmert, die durch den Krieg oder, in den vergangenen Jahren, den Dienst in Tschetschenien gegangen sind. Ohne das hier detailliert beschreiben zu können, verbirgt sich dahinter ein enorm hohes Gewaltpotential,

das sich in der russischen Gesellschaft oft im Verhältnis zu den Nordkaukasiern insgesamt (und auch gelegentlich anderen »Fremden« gegenüber) Bahn bricht. Doch diese Aggression spielt auch nach außen eine Rolle. Wie einzelne Reportagen und Aussagen zeigen, dürfte ein großer Teil der russischen »Freiwilligen« (manche sind das tatsächlich, andere nicht) im Donbass »tschetschenische« Kampf- und Gewalterfahrung haben.

Fazit

Kurz zusammengefasst: Der Nordkaukasus bleibt selbst auf kurze Sicht die russische Region, in der Unabhängigkeitsbestrebungen virulent und damit zusammenhängende Gewalt wahrscheinlich ist. Viel besser sieht es, aus Sicht einer Einheit des Landes, in den Wolgarepubliken, im Norden und im Osten aus, obwohl auch dort jede Nationalisierung des Diskurses (wie jüngst die »Russische Welt«) sofort mal heftigere (eher an der Wolga), mal weniger heftige (im Norden und im Osten) Gegenbewegungen hervorruft.

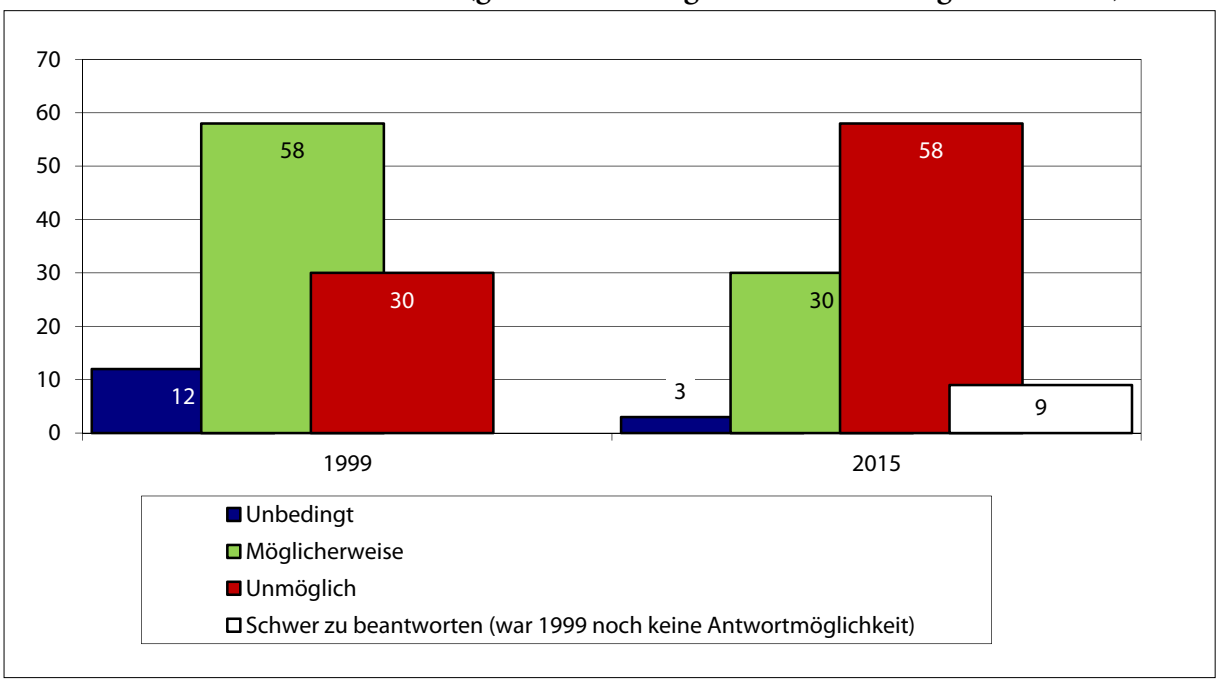
Im Zeitalter der Nationalstaaten bleibt es schwierig, ein »Vielvölkervolk« zusammen zu halten. Die gegenwärtige Führung Russlands hat die alten Pfade nicht verlassen und den Weg über Zwang gewählt. Wie die 1990er Jahre zeigen, darf sie dann aber nicht nachlassen (oder nachlassen müssen, weil die Kraft fehlt), um die Geister nicht aus der Flasche zu lassen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

UMFRAGE

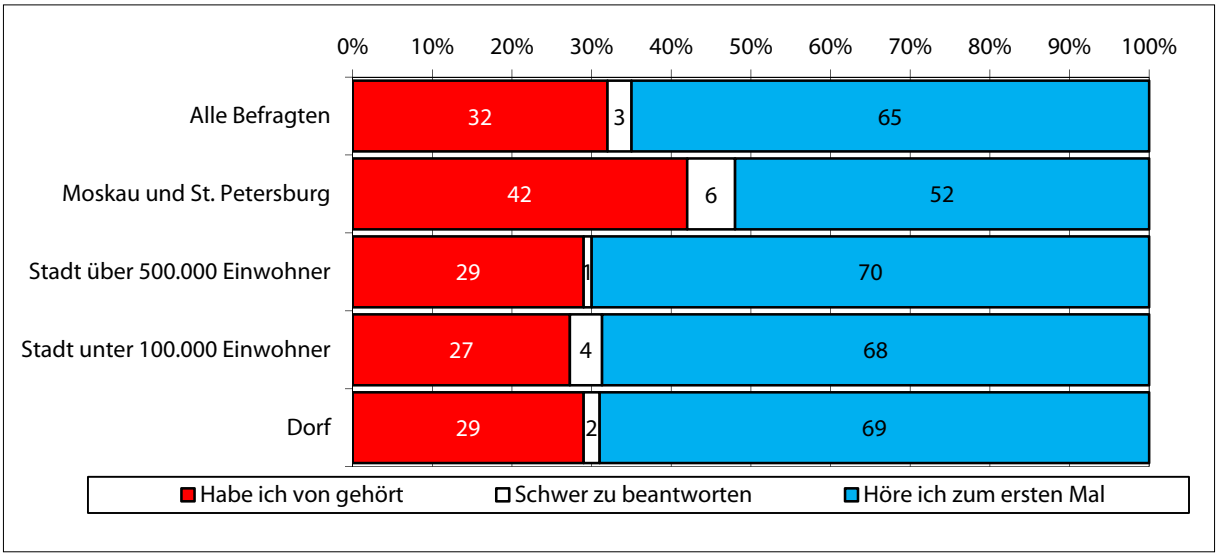
»Wenn ich Sultan wäre, oder über die Vielehe in Russland und dem Kaukasus«

Grafik 12: Was denken Sie, kann die Vielehe für die muslimische Bevölkerung Russlands erlaubt werden oder nicht? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit, in%)



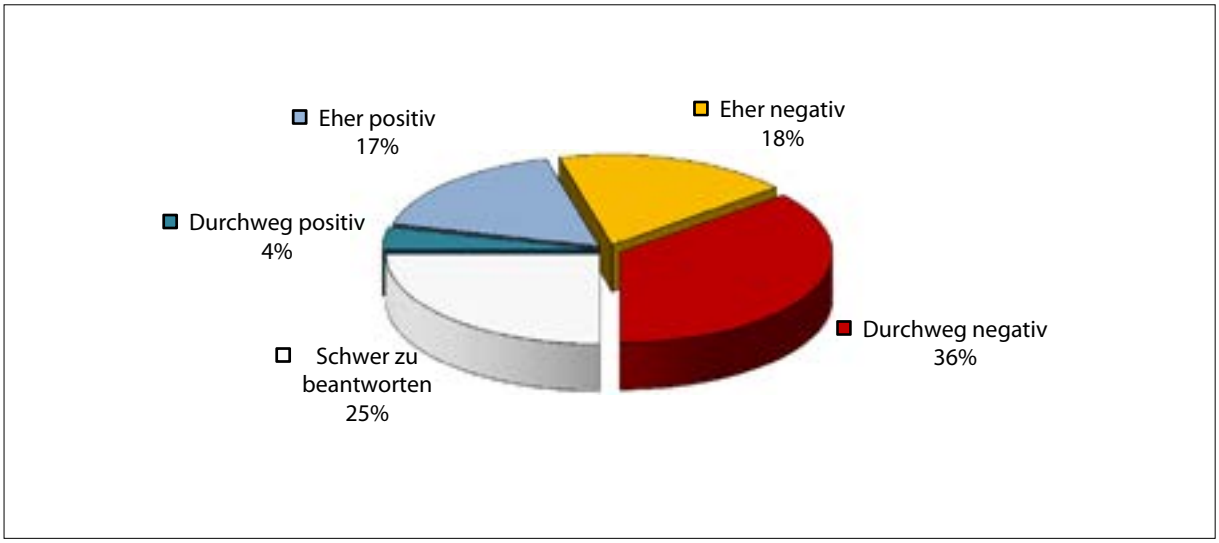
Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM vom 23.–24. Mai 2015, N= 1600 <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115269>*, veröffentlicht am 1. Juni 2015*

Grafik 13: Vor einiger Zeit fand in Tschetschenien die Hochzeit zwischen Nashud Gutschirow und Cheda-Luisa Gojlabiewa statt, über die eine Reihe von russischen Medien berichteten und welche der Republikchef Kadyrow als »Jahrtausend-Hochzeit« bezeichnet hat. Haben Sie von dieser Hochzeit gehört?



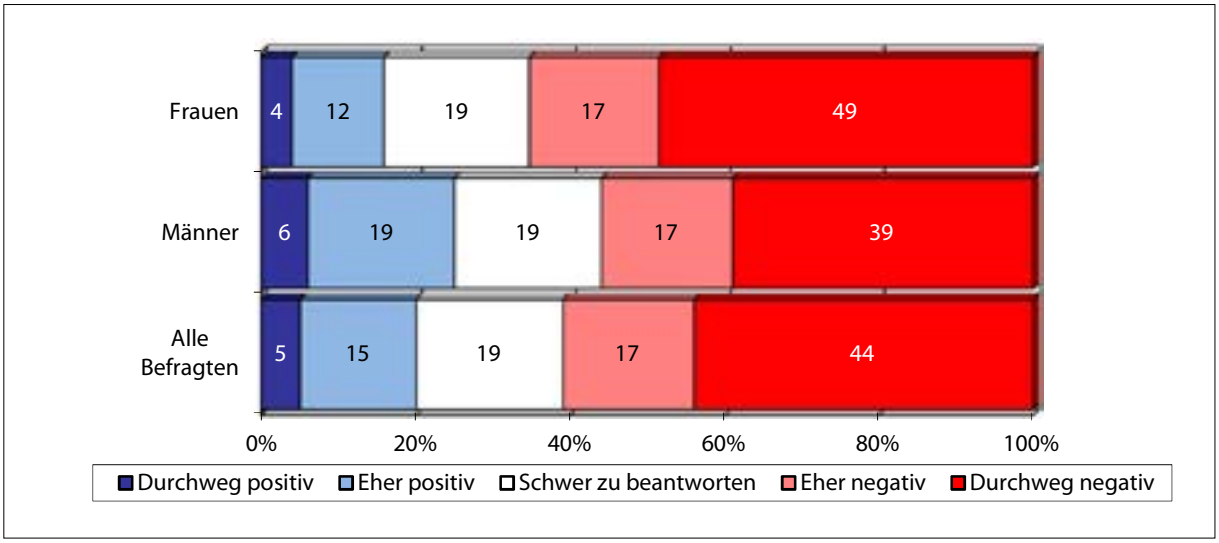
Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM vom 23.–24. Mai 2015, N= 1600 <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115269>*, veröffentlicht am 1. Juni 2015*

Grafik 14: Eine Reihe von Medien behaupten, dass Gutschirow bereits in erster Ehe verheiratet ist und Gojlabiewa seine zweite Frau wurde. Wenn diese Information zutrifft, wie verhalten Sie sich zu dieser Hochzeit?



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM vom 23.–24. Mai 2015, N= 1600 <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115269>*, veröffentlicht am 1. Juni 2015*

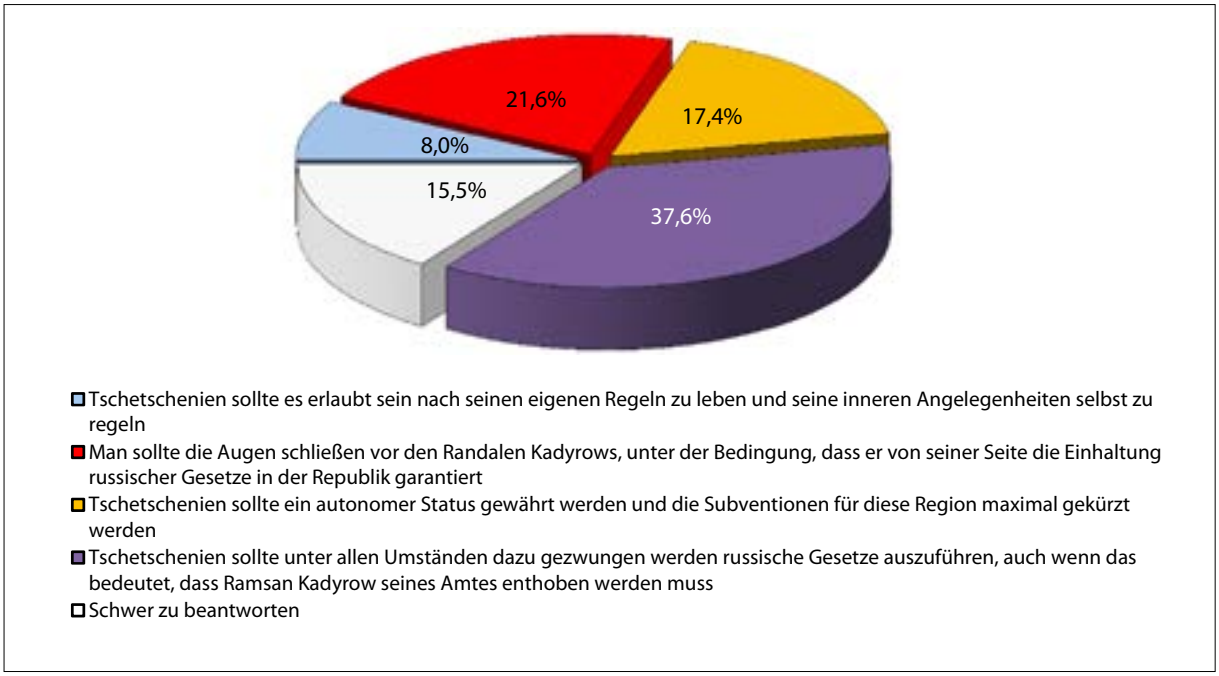
Grafik 15: Eine Reihe von Medien behaupten, dass zwischen Gutschirow und Gojlabiewa ein großer Altersunterschied besteht: die Braut ist 17 Jahre alt, der Bräutigam je nach Quelle entweder 46 oder 57 Jahre alt. Wenn diese Information zutrifft, wie stehen Sie dazu?



Quelle: Russlandweite Umfrage des Meinungsforschungsinstituts WZIOM vom 23.–24. Mai 2015, N= 1600 <http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115269>*, veröffentlicht am 1. Juni 2015*

Was Russen darüber denken, wies es mit Tschetschenien und Kadyrow weitergehen soll

Grafik 16: Welches Szenario für die zukünftige Entwicklung und Beziehung der Tschetschenischen Republik zur föderalen Ebene halten Sie für am zutreffendsten?



Quelle: Weltweite Internet-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CIMES im sozialen Netzwerk VKontakte vom 27. April 2015, N= 12.499 <http://cimes.pro/kadyrov-2/>

CHRONIK

21. Mai – 4. Juni 2015

21.05.2015	Nach Angaben der russischen Weltraumbehörde Roskosmos sind die Ausgaben für die föderalen Raumfahrtprogramme aufgrund der Sanktionen des Westens und des Devisenkurses um 30 % gestiegen. Die Behörde sucht nun nach neuen Möglichkeiten einer Public Private Partnership um Einsparungen zu ermöglichen.
21.05.2015	Die Vorsitzende des russischen Föderationsrates, Valentina Matwijenko, begrüßt die Entscheidung des deutschen Bundestages, 10 Millionen Euro für die Entschädigung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener bereitzustellen.
22.05.2015	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz über eine Kapitalamnestie. Das Gesetz ist Teil einer Reihe von finanzpolitischen Maßnahmen mit dem Ziel, russisches Kapital aus Steueroasen im Ausland zurück nach Russland zu holen. Die so deklarierten Vermögenswerte werden nicht versteuert und den Anlegern Diskretion sowie die Befreiung von strafrechtlicher Verfolgung versprochen.
22.05.2015	Das Wahlbündnis, das mithilfe der Partei RPR-PARNAS für eine Teilnahme an den Wahlen 2015–2016 gegründet wurde, hat bereits sieben Kandidaten für die internen »prajmeris« (Vorwahlen) registriert, bei denen eine einheitliche Parteiliste gebildet werden soll.
22.–25.05.2015	Innerhalb weniger Tage vergrößern sich die von Waldbränden erfassten Flächen im Sibirischen Föderalbezirk um das Zwanzigfache und umfassen zeitweilig 88.600 ha. Nach Angaben der staatlichen Forstbehörde sind besonders die Region Transbaikalien sowie die Republik Burjatien betroffen.
23.05.2015	Das russische Innenministerium warnt auf seiner Webseite russische Staatsbürger davor, dass sie im Falle einer Auslandsreise auf Antrag amerikanischer Rechtsschutzbehörden oder Nachrichtendienste aufgegriffen werden könnten. Die Amerikaner würden nach wie vor Russen auf der ganzen Welt festnehmen und dabei die Normen des internationalen Rechts ignorieren.
24.05.2015	Die russische Sängerin Polina Gagarina erreicht den zweiten Platz im Finale des Eurovision Songcontest in Wien. Gewinner ist der Schwede Mans Zelmerlöw.
24.05.2015	Der CDU-Abgeordnete und Vorsitzende der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe Karl-Georg Wellmann wird bei der Einreise nach Russland am Moskauer Flughafen Scheremetjewo ohne Angabe von Gründen zurückgewiesen. Wellmann wollte sich mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, Konstantin Kosatschow und dem Präsidentenberater Sergej Glasjew in Moskau treffen. Das Einreiseverbot soll bis 2019 gelten.
25.05.2015	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet ein Abkommen über eine Freihandelszone zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und Vietnam. Das Abkommen wird als Startschuss für die Integration der EAWU in die asiatisch-pazifische Region gesehen.
25.05.2015	Die Moskauer Stadtverwaltung stimmt der Umbenennung einer Straße im Taganskij-Viertel nach dem Schauspieler und Liedermacher Wladimir Wysozkij zu. Wysozkij war seinerzeit im Theater an der Taganka aufgetreten.
25.05.2015	Die kremlkritische Organisation von Michail Chodorkovskij »Offenes Russland« veröffentlicht einen 27-minütigen Dokumentarfilm über den tschetschenischen Republikchef Ramsan Kadyrow (<https://openrussia.org/post/view/7428/>). Der Film »Die Familie« thematisiert die Struktur der tschetschenischen Armee, Entführungen und Morde in der Republik sowie die Rolle Kadyrows in der russischen Machtvertikale.
25.05.2015	In Tomsk wird auf der Plattform Change.org eine Initiative zur Unterstützung und zum Erhalt des im Februar abgeschalteten regionalen Fernsehsenders TV-2 gestartet. Die Aktivisten erinnern daran, dass die Idee für den Gedenkzug »Unsterbliche Regiment« ursprünglich von Journalisten des Senders stammte.
25.05.2015	Präsident Wladimir Putin führt ein Telefongespräch mit dem britischen Premier David Cameron und beglückwünscht ihn zur Wiederwahl. Weitere Themen sind die Situation im Nahen Osten, die Terrormiliz »Islamischer Staat«, die Atomgespräche mit dem Iran sowie die Umsetzung des Minsker Abkommen in Bezug auf die Ukraine.
25.05.2015	Präsident Wladimir Putin leitet eine Sitzung mit Kabinettmitgliedern, Vertretern der Präsidentenadministration und anderen Staatsbeamten zur Entwicklung des Weltraumsektors. Erörtert werden die Entwicklungsperspektiven der Sparte, insbesondere der Raumflugkörper, sowie das Bauprojekt des Kosmodroms »Wostotschnyj«.
25.–28.05.2015	Das russische Justizministerium gibt bekannt, dass die vom russischen Unternehmer Dmitrij Simin finanzierte Stiftung »Dynastie« auf die Liste der ausländischen Agenten gesetzt wird. Die Stiftung ist in den Bereichen Bildung und Wissenschaft tätig. Die Ankündigung löst russlandweit Empörung aus. Unter anderem äußern der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin und die Menschenrechtsbeauftragte Ella Pamfilowa ihr Unverständnis über die Entscheidung des Ministeriums. Simin gibt bekannt, dass er die Finanzierung der Stiftung einstellt. Zahlreiche Wissenschaftler starten Protest- und Solidaritätsaktionen zum Erhalt der Stiftung.
26.05.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt in Moskau Vertreter der BRICS-Staaten. Anlass ist die Übernahme des Vorsitzes über die Staatengemeinschaft durch Russland im April 2015. Einer der Schwerpunkte des Vorsitzes und Thema der Sitzung sind Fragen der regionalen und internationalen Sicherheit.

26.05.2015	Russland hebt einen 101 km langen Graben an der russisch-ukrainischen Grenze im Gebiet Rostow aus. Offiziell wird die Initiative damit begründet, dass man den illegalen Umschlag und Transit von Waffen unterbinden und so den Donbass stabilisieren wolle. Mitte Mai hatte die ukrainische Seite ihrerseits angekündigt die Grenze zu Russland mit Panzergräben, Kontrolltürmen und elektrischen Zäunen zu sichern.
27.05.2016	Der oppositionelle Journalist und Koordinator der kremlkritischen NGO »Offenes Russland« Wladimir Kara-Murza wird bewusstlos in ein Moskauer Krankenhaus eingeliefert. Die Ärzte diagnostizieren ein schweres Nierenversagen aufgrund von Vergiftungserscheinungen. Sein Zustand ist kritisch.
27.05.2015	Nach Angaben dagestanischer Behörden, werden im Rayon Kurach (Republik Dagestan) zwei mutmaßliche Kämpfer »liquidiert«. Diese sollen während einer Fahndung durch föderale Beamte das Feuer eröffnet haben.
28.05.2015	Der amerikanische Vizepräsident Joe Biden erklärt, dass die russische Regierung sich in einer Reihe von EU-Staaten an der Finanzierung der außersystemischen Opposition beteilige. Dadurch versuche Russland seinen Einfluss in Europa auszuweiten. Empfänger russischer Finanzmittel seien sowohl auf dem linken als auch dem rechten Seite des politischen Spektrums zu finden.
28.05.2015	Der 28. Russische Hilfskonvoi überquert die Grenze zur Ukraine. Der Konvoi hat Lebensmittel, Baumaterialien und Medikamente für die östliche Ukraine geladen.
28.05.2015	Die russische Behörde für Lebensmittelkontrolle hebt das Importverbot für drei griechische Fleisch- sowie zwei Fischproduzenten auf. Im Falle einer weiteren Lockerung des Embargos könnten auch Produzenten aus Ungarn, Griechenland und Zypern ihre Lieferungen nach Russland wieder aufnehmen.
28.05.2015	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, der in Friedenszeiten und während der Durchführung von Spezialoperationen die Verluste in der Armee zum Staatsgeheimnis erklärt. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, dementiert, dass der Erlass in Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ukraine stehe. Russische Menschenrechtler kündigen an, gegen den Erlass vor dem Obersten Gericht klagen zu wollen.
28.–29.05.2015	Das russische Katastrophenschutzministerium schickt ein Flugzeug mit 21 Tonnen Hilfsgütern in die syrische Stadt Latakia. Auf dem Rückweg evakuiert es Bürger Russlands sowie von GUS-Staaten und anderer Staaten, die das Land verlassen möchten.
29.05.2015	Das Oberhaupt des krimtatarischen Medschlis (Volksrat) Refat Tschubarow wird beschuldigt, zur Verletzung der territorialen Integrität Russlands aufgerufen zu haben. Tschubarow hatte sich mehrfach im ukrainischen Fernsehen geäußert. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Freiheitsentzug. Tschubarow hatte auf die russische Staatsangehörigkeit verzichtet und war in die Ukraine gegangen.
29.05.2015	Sitzung der ständigen Mitglieder des russischen Sicherheitsrates. Themen sind u. a. das Problem des illegalen Holzeinschlags und der Wilderei im Land. Außerdem wird über die wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und die Situation der verarbeitenden Industriezweige gesprochen. Auch Themen der internationalen Sicherheit stehen auf der Tagesordnung.
29.05.2015	Ljudmila Sawtschuk, ehemals Mitarbeiterin eines Internetunternehmens, das in Foren, sozialen Plattformen und Blogs regierungsfreundliche Einträge platziert (eine sogenannte »Trollfabrik«), berichtet über ihre Arbeit. Sie war im Februar entlassen worden, da sie Informationen über ihre Tätigkeit an Dritte weitergegeben hatte. Sie klagt nun gegen den Arbeitgeber auf Erhalt ihrer letzten Monatsgehälter und wird vor Gericht von der juristischen Menschenrechtsvereinigung »Team 29« vertreten.
29.05.2015	Präsident Putin führt ein Telefongespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Staatspräsidenten François Hollande. Themen sind die Krise in der Ukraine und die Einhaltung des Minsker Abkommens.
30.05.2015	Auf deutsche Aufforderung hin übersendet Russland der Europäischen Union eine »schwarze Liste« mit 89 Personen (darunter sieben Deutschen), gegen die ein Einreiseverbot verhängt wurde. Betroffen sind vor allem Politiker nationaler europäischer Parlamente sowie des Europaparlaments, aber auch hohe Staatsbeamte und Militärs.
30.05.2015	Bei einer unangemeldeten »Gay-Parade« im Zentrum von Moskau kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern der Aktion. Es werden mehrere Menschen festgenommen, unter ihnen der Vorsitzende der Organisation »Gay Russia« und Organisator der Parade, Nikolaj Alexejew.
30.05.2015	In Ulan-Ude, der Hauptstadt der Republik Burjatien, demonstrieren ca. 700 Menschen für eine Absetzung des Gouverneurs Wjatscheslaw Nagowizyn. Ihm wird Korruption vorgeworfen. Die Mehrzahl der Demonstranten sind Studierende der Staatlichen Universiät Burjatiens und fordern darüber hinaus eine unabhängige Wahl ihres Rektors.
30.05.2015	Das russische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass die Infrastrukturarbeiten die russischen Militäreinheiten in der Arktis bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein werden. Die Arbeiten erfolgten auf den Inseln Kotelnyj, Wrangel, Aleksandraland, sowie auf Sewernaja und Nowaja Semlja und im Ort Mys Schmidta im Autonomen Kreis der Tschuktschen.
30.05.2015	Der Kommandeur der russischen Luftlandetruppen Generaloberst Wladimir Schamanow erklärt, Russland plane eine Schnelle Eingreiftruppe aus Einheiten der Luftlandetruppen, aufzustellen. Diese soll sowohl eigenständig als auch im Verband eingesetzt werden können und gilt als Reaktion auf die kürzlich gegründete sogenannten »NATO-Speerspitze«.

01.06.2015	Der Vorsitzende der russischen Staatsduma Sergej Naryschkin erklärt, dass es für die derzeit diskutierten Pläne,die Dumawahlen, von Dezember auf September 2016 vorzuziehen, eine rechtliche Grundlage gäbe. Kritiker meinen, dass der Kreml bewusst auf eine niedrigere Wahlbeteiligung im Spätsommer spekuliert, um sich so besser auf »administrative Ressourcen« stützen zu können.
01.06.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt Leonid Tibilow, den Präsidenten der international nicht anerkannten Republik Südossetien. Thema sind die Entwicklung der bilateralen Beziehungen, insbesondere die Umsetzung des Abkommens über ein weitergehendes Bündnis sowie die Integration zwischen beiden Ländern.
01.06.2015	Die russische Regierung stellt dem Maschinenbaukonzern »Uralwagonsawod« sieben Milliarden Rubel (etwa 114 Millionen Euro) als Staatsgarantie zur Verfügung. Das Unternehmen war wegen der stark zurückgegangen Nachfrage nach Eisenbahnwaggons Anfang des Jahres in finanzielle Schwierigkeiten geraten.
02.06.2015	Präsident Vladimir Putin empfängt den slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico im Kreml. Fico äußert sich negativ über die EU-Sanktionen, die allen Seiten nur schadeten.
02.06.2015	Das Europäische Parlament verweigert russischen Diplomaten bis auf weiteres den Zugang zum EU-Parlament (Ausnahme: der russische EU-Botschafter Wladimir Tschisow). Darüber hinaus setzt es die Mitarbeit im parlamentarischen Kooperationsausschuss EU-Russland aus. Das wird mit der kürzlich veröffentlichten russischen »schwarzen Liste« begründet, auf der sich zahlreiche Europaabgeordnete befinden.
02..06.2015	Das Unternehmen Almas-Antej, ein Produzent von Flugabwehrsystemen, präsentiert einen Bericht zum Absturz der MH 17 in der Ostukraine. Ein Konzernvertreter spricht von Spuren an der Außenverkleidung des Flugzeugs durch eine Rakete des Flugabwehrsystems »Buk-M1«. Die Rakete soll aus einem Winkel abgeschossen worden sein, die auf einen Standort der ukrainischen Armee schließen ließe.
03.06.2015	Das russische Strafermittlungskomitee publiziert den Namen des russischen Hauptzeugen, Jewgenij Agapow, der zum Absturzzeitpunkt seinen Militärdienst als Flugzeugmechaniker bei den ukrainischen Luftstreitkräften absolvierte. Dieser hält an der These fest, ein ukrainisches Flugzeug habe die malaysische Boeing abgeschossen. Agapow befindet sich mittlerweile unter Staatschutz in Russland.
03.06.2015	Präsident Wladimir Putin empfängt die Teilnehmer des Ministerratstreffens der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit in Moskau. Auf der Agenda der Außenminister der Mitgliedsstaaten stand unter anderem die Vorbereitung des Gipfeltreffens Anfang Juli in Ufa.
03.06.2015	In der tschetschenischen Hauptstadt Grosnyj überfallen Unbekannte das Büro des Anti-Folter-Komitees und verwüsten es. Republikchef Ramsan Kadyrow kündigt an, dass gegen die Täter ermittelt werde. Er beschuldigt die Mitarbeiter des Komitees den Überfall provoziert zu haben, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und dadurch neue Sponsoren zu gewinnen. Kurze Zeit später wird berichtet, dass ca. 40 Personen im Zusammenhang mit der Tat festgenommen wurden. Bereits im vergangenen Jahr war das Büro von Unbekannten durchsucht und später auch angezündet worden.
04.06.2015	Die Chefin der russischen Zentralbank Elvira Nabiullina erklärt, dass die Krise der russischen Wirtschaft noch nicht überwunden sei. Das Land müsse im Vergleich zu den Vorkrisenjahren auf jährlich 150–170 Milliarden US-$ Exporterlöse verzichten. Zudem liege der Ölpreis bei zwei Dritteln des Durchschnittspreises der vergangenen fünf Jahre. Nabiullina widerspricht somit jüngsten Äußerungen führender Regierungsvertreter, die von einem absehbaren Ende der schlimmsten Phase der Krise gesprochen hatten.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> *unter dem Link »Chronik« lesen.*

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Nadja Douglas
Sprachredaktion: Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann
Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.
ISSN 1613-3390 © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

LESEHINWEIS

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen
Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen
Erscheinungsweise: zweiwöchentlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest
In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen
Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen
Erscheinungsweise: monatlich
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste
Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>; Russland: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>; Ukraine: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>; zentalasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter
<https://twitter.com/laenderanalysen>